

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbezug monatlich 4,65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6,50 M., fürs Ausland 7,50 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Insensitiv sollen die achtgepagelt, Kaugummi-Zeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen des Zeitgedrucks Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inrate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inserenten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eisenbahnerstreit in Portugal.

Streikunruhen in Portugal.

Lissabon, 7. Oktober.

In Lissabon ist ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen und hat sich über ganz Portugal ausgebreitet. Truppen haben die strategischen Punkte der Stadt mit Maschinengewehren besetzt.

Infolge der Verhaftung von 68 gewerkschaftlich organisierten versuchten Gewerkschaftler das Gefängnis von Limobeiros zu stürmen. Truppen zerstörten die Manifestanten. In der Nähe von Aveiro haben die Revolutionäre einen Zug zum Entgleisen gebracht. Durch die Umstürzung des Lokomotivführers wurde größeres Unglück verhütet. Gestern kam es in Lissabon zu weiteren gewerkschaftlichen Kundgebungen, wobei die Polizei zahlreiche Verhaftungen vornahm.

Noch wiederholter dringlicher Eingaben großer Gemeinden an die Reichsregierung ist der Gesetzentwurf bisher nicht der Nationalversammlung vorgelegt worden.

Welche Umstände haben die Einbringung des Gesetzentwurfs bisher verhindert?

Wann wird die Reichsregierung den Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes bei der Nationalversammlung einbringen?

Der Spieldienst des Ordnungskommissars.

Der „Vorwärts“, der auf Wunsch der Regierung sogar seine Existenz in Abrede stellen würde, verucht die Mitteilungen zu dementieren, die die „Freiheit“ am Montag morgen über die Verwendung von Spieldarbeit in dem der Preussischen Staatsregierung unterstehenden Staatskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung gemacht hat.

Er verfolgt dabei die bewährte Methode, Behauptungen zu entkräften, die gar nicht aufgestellt worden sind. So erklärt er, daß die Presseabteilung des Staatskommissariats mit Spiegeln nichts zu tun habe. Davon ist in dem Artikel der „Freiheit“ auch nicht im geringsten die Rede gewesen. Er hat im Gegenteil die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß der Spieldbetrieb der Nachrichtenabteilung und dort speziell dem Vizekonsul Schwarz untersteht. An dieser Feststellung wird durch die Versicherung des „Vorwärts“, die Nachrichtenabteilung erhalte Berichte von polizeilichen, militärischen und politischen Stellen, aber nicht von bezahlten Agenten, nicht das geringste geändert. Die polizeilichen, militärischen und politischen Stellen, deren sich dieses Amt bedient, sind entweder selbst Spiegel oder sie beschäftigen Spiegel. Wenn Herr Ministerpräsident Girsch sich die Mühe machen wollte, die einkaufenden Berichte selbst einer Durchsicht zu unterziehen, so würde er sich alsbald persönlich davon überzeugen können.

Auch die Behauptung, daß der berichtigte Rittmeister von Kessel sein Spieldbureau unterhalte, ist Wortklauberei. Als Offizier der Sicherheitspolizei beschäftigt und befehlet er Spiegel, und er steht mit dem Staatskommissariat, das sich in seiner Tätigkeit zum guten Teil auf die Berichte der Kesselagenten stützt, in engster Beziehung.

Der „Vorwärts“ bezeichnet es endlich als erfunden, daß antisemitische Propagandabureaus durch das Staatskommissariat rechtzeitig gewarnt worden seien, wenn die Staatsanwaltschaft Pogromflugblätter und dergleichen beschlagnahmen wollte. Auch in diesem Fall wird etwas bestritten, was nicht behauptet worden ist. Wir haben nicht gesagt, daß das Staatskommissariat als solches die antisemitischen Bureaus gewarnt habe. Wir haben nur mitgeteilt, daß diese Stellen gewarnt worden sind, als das Staatskommissariat den Beschluß gefaßt hatte, gegen sie vorzugehen.

Bleibt endlich noch die Befoldung des Herrn von Berger. Wir hatten von einem Gehalt von 24000 Mark gesprochen. Der „Vorwärts“ konstatiert, daß Herr von Berger als Vortragender Rat 8500 Mark bezieht. Das Einkommen des Vortragenden Rats ist uns gleichgültig. Die Bezüge des Herrn von Berger aus seiner Gesamttätigkeit im Interesse der öffentlichen Ordnung sind erheblich höher, und wir bezweifeln lebhaft, ob sie sich überhaupt auf 24000 Mark beschränken. Wir beschäftigen nicht, die Einkommensverhältnisse des vielgewandten Herrn näher zu studieren, denn sie sind für die ganze Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung. Jedenfalls ist unsere wesentliche Behauptung, daß die Erklärung des Herrn Girsch, die preussische Staatsregierung arbeite nicht mit Spiegeln, mit der Wahrheit im Widerspruch steht, durch das Dementi des „Vorwärts“ nicht entkräftet worden.

Haftbefehl gegen Graf Michael Karolyi.

Subapostel, 7. Oktober.

Die „Gizlap“ erzählt, hat die Staatsanwaltschaft gegen den Grafen Michael Karolyi das Strafverfahren wegen Diebstahl, Veruntreuung und traulicher Gebarung eingeleitet. Die Untersuchung ist bereits so weit fortgeschritten, daß demnächst der Haftbefehl gegen den Grafen erlassen wird. Gleichzeitig werden die Auslieferungsverhandlungen mit der tschechoslowakischen Republik eingeleitet werden.

Unter der neuen Regierung.

Die nun wieder schwarz-rot-goldene Regierung stellte sich gestern in ihrer neuen Zusammensetzung der Nationalversammlung vor. Gütlich nach ihrem Rang geordnet, — zunächst dem Reichskanzler Bauer Herr Schäffer, dann Herr Erzberger und als letzter Herr Bell, dem man die Trostlosigkeit unseres Kolonialamtes vom Gesicht ablesen kann —, so sahen sie auf der Regierungsbank, die Männer, die gegenwärtig den Reichswagen lenken. „Eine wunderliche Bettgenossenschaft“ nannte sie mit Shakespeares Worten der Graf v. Posadowsky.

Sehr merkwürdig, in der Tat. Doch das des näheren aufzuzeigen, kommt hier jetzt nicht in Frage. Dagegen sehr, was Herr Bauer zu sagen hatte. Neuwahlen — so hob er an — seien kaum vor dem Frühjahr zu erwarten. Der Arbeitsstoff der Nationalversammlung sei zu groß, besonders gehören die eilichen Steuer vorlagen dazu, die erst noch verabschiedet werden müssen. Als allgemeiner Geisteszustand des deutschen Volkes fand der Reichskanzler, daß ihn ein Zug nach Arbeit, der besonders durch die Reiben der Arbeiter gebe, kennzeichne. Dann sprach er als „alter Gewerkschaftler“ über den Unterschied von Streik und Streik. Es wird noch zuviel gestreift, die politische und gewerkschaftliche Schulung gewinnt aber immer mehr die Oberhand. Den Streik als wirtschaftliches Kampfmittel will er gelten lassen. Daß der Streik nun auch für deutsche Arbeiter zum politischen Kampfmittel geworden ist, hat er noch immer nicht erkannt. Oder vielmehr: der „alte Gewerkschaftler“ will ihn nicht gelten lassen. Er wird es müssen, nicht, trotzdem er, sondern gerade weil er den Kapitalisten aus dem Herzen gesprochen hat. Das Streikrecht soll ein Recht mit dem Galgen daneben werden, wenn es nämlich zu politischen Streiks gegen das Allgemeininteresse „mißbraucht“ wird. Ordnungsmäßige Schlichtungsverfahren, das sind die Forderung, mit denen dieser Vorkauftrat den Gebrauch der wichtigsten Waffe im Klassenkampf, über die moderne Arbeiter verfügen, glaubt bannen zu können.

Im gleichen Atemzuge verflücht er, daß alles, was an Räteeinrichtungen über die vorliegende Betriebsrätegesetzvorlage hinausgeht, in der Verfassung nicht vorgesehen ist, sein Existenzrecht verliert haben soll. Glaubt er wirklich, daß, wenn die Mehrheitsparteien dieser Nationalversammlung, die längste kein Daseinsrecht mehr hat, sich über das Rätegesetz geeinigt haben, dann auch die Arbeiterschaft zufrieden ist? Das kann sie nicht sein, weil sie in den Abgeordneten der Mehrheitsparteien zwar nicht ihre Mandatäre, wohl aber die Vertreter der Kapitalisten erblickt. Was er über die unersetzbare Solidarität der Arbeiter mit den Kriegsbefehlshabern, über das große Militärversorgungsgesetz, das der Winter bringen soll, wie kürzlich schon Erzberger ankündigte, was er über Ansiedlung und Heimstättengesetz omakelte, nämlich, daß wir dadurch einen Schritt voran kommen sollen, was er von der Sicherstellung des Achtstundentages sagte — es wurde schon vor ein paar Tagen durch das Gesetz für die Bäckereien biegen gestraft —, das alles wird die Arbeiter nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihnen außer der Beschränkung des Streikrechts ein Arbeitszwang zugebracht ist. Die Erwerbslostenfürsorge soll künftig denen nicht mehr ausgezahlt werden, die ihnen überwiegen Arbeit nicht annehmen. Also auch Streikarbeit sollen sie auszuführen gezwungen werden.

Über die großen Wirtschaftspragen ging der Reichskanzler, der in seiner Frage über den Horizont des „alten Gewerkschaftlers“ hinausgedrungen ist, ebenso schnell und oberflächlich hinweg, wie über die Zustände in der Reichswehr und im Volkstum. Mehr Arbeit! ruft er, wie schon so mancher vor ihm, den Vergararbeitern und besorgers den Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten zu. Wegen das andere soll Koske wirken, der längst seine Ohnmacht offenbaren mußte. Mit wollen keine weisse, aber auch keine rote Garde, erklärt der „rote“ Bauer, und wehrt sich dagegen, daß er und seine Genossen im Ausland als Militaristen verurteilt werden. Er ist eben für vieles total blind, wie die Selbstironie beweist, die er sich mit den Worten leistete: Wir haben die Aufgabe, moralische Eroberungen zu machen. Mit reinen Händen müssen sie gemacht werden. Ja, wie denn aber, wenn man solche reinen Hände nicht hat, wieder dem Ausland noch den Arbeitern im Inland gegenüber? Heraus aus einem Lande, in dem wir nichts zu suchen haben, ruft der Reichskanzler, unter Hinweis auf das Balkikum: ja, glaubt er, im Ausland wisse man nicht, welche Schuld die Regierung an den dortigen Zuständen trägt? Und glaubt er wirklich, die Entente läßt sich durch die Jeremiaden einer Regierung über

Wie endete der englische Eisenbahnerstreik?

Das begriffliche Interesse der englischen Regierung, den Ausgang des Eisenbahnerstreiks als einen Mißerfolg der Streikenden darzustellen, äußert sich in einer ganz deutlichen tendenziösen Berichterstattung, die behauptet, daß der Streik ein „ungeheurer Mißerfolg“ für die Arbeiter gewesen sei. In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir bereits neutrale und englische Pressestimmen wiedergegeben, die gerade das Gegenteil behaupten.

Es ist bezeichnend, daß diese von dem „Hollandsch Nieuws Bureau“ verbreiteten Meldungen von der ganzen Presse totgeschwiegen werden. Selbstverständlich auch vom „Vorwärts“, der diese Pressestimmen seinen Lesern verschweigt, damit sie nicht erfahren, daß ein erheblicher Teil der englischen und der neutralen Öffentlichkeit den Ausgang des Streiks gleich uns als einen Erfolg für die Arbeiter ansieht. Er sieht seine Ausgabe nach wie vor darin, das Verhalten der englischen Regierung, die selbstverständlich das Interesse hat, um ihre innerpolitische Stellung zu stärken, sich einen Erfolg anzudichten, zu unterstützen. Das ist von ihm als einem Blatt, das die gegenwärtige deutsche Regierung in ihrem Kampf gegen die Arbeiter unterstützen muß, das dem Streik der Metallarbeiter jede wirksame Unterstützung verweigert, ganz verständlich. Wenn man sich im innern gegen die eigenen Klassengenossen wendet, so kann man auch die Kämpfe der Proletarier im Ausland nicht unterstützen. Wer im Inlande alles tut, um dem Fortschreiten des Sozialismus Hindernisse zu bereiten, kann keine Sympathie empfinden, wenn das Klassenbewußtsein des ausländischen Proletariats Erfolge erzielt.

London, 7. Oktober. (Telunion.)

Die Eisenbahnangestellten nehmen die Arbeit wieder auf; trotzdem kann der Zugverkehr vorerst nur in beschränktem Umfang durchgeführt werden. Der Gesamtarbeiter wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche wieder funktionieren. Es wird geraume Zeit dauern, bevor man die Warensendungen, die sich infolge des Streiks auf den Stationen angehäuft haben, wieder im Umlauf gebracht hat.

Der Kommunistenführer Levien verhaftet.

Wien, 7. Oktober.

Gestern wurde hier der von der bayerischen Regierung sichtlich verfolgte Sozialistenführer Dr. Max Levien von der Polizei festgenommen. Es war der Polizei seit einiger Zeit bekannt, daß sich Levien in Wien aufhalte. Die Festnahme erfolgte in den Abendstunden in der Buchdorfer Straße durch zwei Polizeigenanten, die seine Spur schon seit einigen Tagen verfolgten. Levien verweigerte keinen Widerstand und ließ sich willig in die Polizeidirektion führen. Dort verweigerte er anfangs zu knagen, gab diese Taktik aber schließlich auf und gab zu, mit dem Beschlagnahmenden identisch zu sein.

Wo bleibt das Kommunalisierungsgesetz?

Der Genosse Warm hat in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht:

Am 20. März d. J. hat der Deutsche Reichsanzeiger den von der Sozialisationskommission beschlossenen Entwurf zu einem Kommunalisierungsgesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben unter „Nationalen“ nachfolgenden veröffentlicht.

den drohenden Entzug von Fett und Milch zur Zurücknahme ihres Ultimatum bewegen. Nachdem sie gesehen hat, wie diese Regierung den Arbeitern mitgespielt hat und in Sachen der Erwerbslosenunterstützung mitzuspielen droht?

Sie wird vielmehr spotten über einen Reichsflagler, der geflüstert: So haben wir uns den Beginn des Völkerverbundes nicht gedacht, denn das Echo dieser Worte wird in Deutschland lauten: So haben wir uns die demokratische Republik nicht gedacht, in deren Regierung „Sozialdemokraten“ sitzen. So aber wird das Echo lauten, das millionenfach aus dem Munde der Arbeiter kommt. Herr Bauer und seinesgleichen haben jedes Recht verwirkt, sich moralisch über die Entente zu erheben, weil und solange sie durch Taten beweisen, daß sie gleich im Geiste und Wesen mit ihr sind. Mit einer Abwehr gegen die Deutschnationalen schloß Bauer seine im Tone eines behäbigen Sonntagsnachmittagspredigers gehaltene Vorlesung. Wie man sich bemühen mag, sie unvoreingenommen zu würdigen, immer wieder drängt sich der Eindruck auf: es ist ein konterrevolutionärer „alter Gewerkschafter“, der da sprach; das Unternehmertum aller Grade kann mit ihm zufrieden sein, die Arbeiter müssen ihn als ihren Feind ansehen.

Der frühere Hamburger Senator und jetzige Führer der demokratischen Volkspartei, Dr. Petersen, beehrte sich denn auch, seine Zufriedenheit mit der Rede Bauers zum Ausdruck zu bringen. Leben und Eigentum zu sichern, sei die Aufgabe der Regierung. Ihre Macht zu solchen Zwecken zu stärken, selbst auf die Gefahr hin, von den eigenen Parteifreunden darob getadelt und verlassen zu werden, sei der Zweck, weshalb die Demokraten wieder in die Regierung eingetreten seien. Roske erntete den Dank dieses Redners, der versicherte: Unsere Partei hat die Revolution nicht gewollt und nicht gemacht. Roske und seine Freunde sagen von sich dasfelbe. Wer sich durch schöne Worte berauschen läßt, dem mag dieser Dr. Petersen imponieren. Denn er sprach vom Menschheitsgedanken, der im Völkerverbund zu fördern sei, von dem Großen und Guten, dem seine Partei diene und daß sie lediglich im vaterländischen Interesse der Regierung wieder beigetreten sei, um in Treue zur demokratischen Verfassung in ihr zu wirken. Wer aber weiß, daß es materielle Klasseninteressen sind, nach denen die Parteien sich bilden, der hört aus der Erklärung, daß die Demokraten ein kräftiges Wort in der Politik mitreden wollen, daß sie die Beschränkung des Streikrechts und der Arbeitslosenunterstützung begründen, daß sie die Affordarbeit nicht einbehren können und die Zwangswirtschaft aufgehoben sehen wollen, die Herzenskne einer Sozialistenpartei aus dieser Rede.

Scheidemanns Rede war auf die Einigung der Arbeiterschaft abgestimmt, im übrigen bot er lauter alte Klischees. So etwa, wenn er sprach: Monarchismus und Spartakismus brauchen einander. Der Monarchismus müßte den Spartakismus erfinden, wenn er nicht da wäre. Die Unbekanntheit allen Grundfähen gegenüber illustrierte er durch Redensarten wie: Die Unterzeichnung des Friedens ist erfolgt. Es lohnt sich jetzt nicht darüber zu streiten, ob das richtig war; denn: gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht. Nach solcher Maxime wurden 1914 die Kriegskredite bewilligt, d. h. „Wahlgewichte“ gemacht, gegen die man später nicht polemisiert sehen wollte. Merkwürdig denkt Philipp Scheidemann über den Belagerungszustand. Wenn der Belagerungszustand heute aufgehoben wird, meint er, und es steht morgen Blut, dann muß er übermorgen wieder verhängt werden. Darum das sein muß, fragte Genosse Sohn ihn vergeblich in einem Zwischenruf. Im ganzen genommen war Scheidemanns Rede sehr klar, man merkte ihr deutlich die Bekennung des Redners wegen der Flucht der Mitglieder und mehr noch der kommenden Wahlen wegen an.

Graf Borsadowsky sprach für die Deutschnationalen. Auch ohne, daß er es getan hätte, wäre bekannt gewesen, daß sie gegen eine Vermögenssteuer und für die Umfassung sind. Der Stand unserer Sünden habe die Phantasie eines Jules Verne zur Wirklichkeit werden lassen, meinte der ehemalige Schatzminister, der so großen Anteil daran hat, daß sie so tiefenrot geworden sind. Höchst war des Grafen Bemerkung: Wie die Kirche die Geistlichen brauche, so der Staat die Gendarmen. Die Geistlichkeit als schwarze Gendarmen, das Klingt uns vertraut.

Der Zentrumredner Joos, Mediziner der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, sprach als letzter Redner. Es waren zweifellos Wahrschafener, die das Zentrum gerade ihn vordrängen ließen. Er sprach manch treffendes Wort gegen Schieber und Wucherer, sowie über die Lage der Arbeiter. Ihre Löhne blieben vielfach noch hinter den Lebensmittelpreisen zurück. Dabei müßten sie sehen, wie man ohne Arbeit viel besser leben könne. Aber: in der Seimarbeit sieht er die Selbstständigkeit des Arbeiters gewahrt, Grund genug, daß die Arbeiter diesem Arbeitervertreter mißtrauen müssen. Gegen den Schluß seiner Rede wandte er sich gegen die Schmutzliteratur und das Kinowesen.

Alles in allem: der große Tag brachte an rednerischen Leistungen nichts als Mittelmäßigkeit. Politischen Gewinn brachte er keinen, es sei denn die Bestätigung der längst erkannten Tatsache, daß von dieser Sorte „Demokratie“ der Bauer, Schiffer, Erzberger, oder auch der Petersen, Scheidemann, Noos nichts, aber auch gar nichts Nützliches, wohl aber Mächtigkeits in steigendem Maße zu erwarten ist. Es ist noch immer der alte kapitalistische Geist, der unter der neuen Regierung seine Herrschaft behauptet.

Militärjustiz gegen Zivilpersonen.

Eigenartige Zustände bestehen, wie uns mitgeteilt wird, im Bereiche mehrerer preussischer Bezirkskommandos, insbesondere in Wesel und in Stralsund. Diese Bezirkskommandos fahnden jetzt nach allen ehemaligen Soldaten, die sich bei Ausbruch der Revolution von der Truppe entfernt hatten, und übergeben sie dem Kriegsgericht zur Aburteilung wegen Fahnenflucht oder wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe. So ist in Wesel vor einiger Zeit der ehemalige Matrosendivision, der gleich Hunderttausender seiner Kameraden im Augenblick des Ausbruches der Revolution seinen Truppenteil verlassen hatte, und inzwischen auch anstandslos regelrecht entlassen worden war und seine Entlassungspapiere erhalten hatte, jetzt plötzlich zu sechs Wochen Mittelarrest wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe verurteilt worden, welche Strafe er zugleich mit anderen

Leidensgefährten in der Arrestanstalt in Wesel verbüßt. Gleichzeitig sind in Wesel und Stralsund gegen andere Zivilpersonen wegen gleicher Fälle Verfahren eingeleitet worden.

Diese Maßnahmen der Militärbehörden sind nichts als brutale Willkür und absichtliche Rechtsbeugung. Sie entspringen dem Gäh der Nuhnier des alten Regimes gegen alles, was mit der Revolution in Zusammenhang steht.

Abgesehen davon, daß alle Delikte wie „Fahnenflucht“ und „unerlaubte Entfernung von der Truppe“ durch die Amnestiegesetze vom November und Dezember strafflos geworden sind, so kann bei den Männern, die beim Ausbruch der Revolution ihre Truppe verlassen hatten, von solchen Delikten im juristischen Sinne gar keine Rede sein. Die Tatsache der Revolution hatte jegliches Militärpflichtverhältnis aufgehoben. Die betreffenden Leute hatten gar nicht die Absicht, sich dem Zwange des Militärdienstes zu entziehen, da eben in Folge der Revolution dieser Zwang für sie überhaupt nicht mehr vorhanden war. Die Revolution hat ihr eigenes Recht geschaffen. Wollte man solches leugnen, dann müßte man folgerichtig auch die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg unter Anklage wegen unbefugter Ausübung eines Amtes stellen.

Wir stellen die dringende Frage an das Reichswehrministerium, was es gegen diese ungeheuerliche gesetzwidrige Willkür der Militärbehörden zu unternehmen gedenkt. Eile tut not, da noch vielen anderen ehemaligen Soldaten das gleiche Schicksal droht.

Rebellion im Baltikum.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hat der Reichsflagler Bauer auch die Vorgänge im Baltikum berührt. Er sprach erst in überheblicher Weise von fädelichen Ueberreizungen der Besse der Unabhängigen, mühte dann aberzugeben, daß sich in einem Lande, in dem wir nichts zu suchen haben, ein Söldnerheer niedergelassen habe, das von der Bevölkerung als lästig empfunden werde und in immer größeren Gegenjah zur deutschen und lettischen Politik gerate. Versuche, die angeworbenen Reichsdeutschen zur Heimkehr zu veranlassen, seien gescheitert. Deshalb habe die Regierung noch vor dem Eintreffen des Entente-Ultimatums die schärfsten Maßregeln gegen diese Truppen angeordnet. Er sei davon überzeugt, daß diese Maßnahmen zu einem Erfolg führen würden.

Etwa zur selben Zeit, in der Herr Bauer diese Ueberzeugung ausbrach, verbreitete das Wolffsche Bureau folgenden Aufruf der in Russland stehenden deutschen Freikorps:

An das deutsche Vaterland und alle Kulturvölker der Erde. Schrecken dergleichen kämpfen wir mit dem Entschluß, entgegen den unter dem Druck der Entente gegebenen Befehlen unserer Regierung an der bolschewistischen Front auszuhalten. Als Soldaten, erzogen in der Pflicht des Gehorsams, glauben wir doch unser Gewissen höher stellen zu müssen, als den Gehorsam erzwingenden Befehlen gegenüber. Das Gewissen, das uns ermahnt, die Grenze unseres Vaterlandes zu schützen vor dem Ungehörten, das der Durchbruch bolschewistischer Horden für unser Volk bringen würde, das Gewissen, das uns aufruft zur Vertreibung der Menschheit von den unseligen Folgen des russischen Bolschewismus. Verwehrt nicht diesen Ausbruch menschlicher Freikämpfer mit der Wahrheit einer sozialen Weltanschauung. Wir, die wir aus der Taufe der deutschen Revolution hervorgegangen sind, nachdem wir den furchtbaren Weltkrieg mitgemacht haben, wir kennen die Wahrheit und die weltliche Kraft, die diese Weltanschauung in sich trägt. Nicht gegen sie richten sich unsere Waffen, nein, sie zu erkämpfen und zu retten, wollen wir hier aushalten für euch. Wen ihr hier brauchen ausstehen wollen, dann tun wir es nicht aus imperialistischen oder reaktionären Gründen, eine unabwendbare Pflicht dem Vaterland und eine erhabene Aufgabe der Menschlichkeit gegenüber wollen wir erfüllen. Ueber den Haß, den der Weltkrieg zwischen den Völkern entfesselt hat, stellen wir die große einigende Idee, für die wir kämpfen und sterben wollen: den gemeinsamen Kampf für die wahre soziale Weltanschauung. Den Kampf für die Verteidigung der höchsten Religion gegenüber dem tödlichen Gift des entarteten Bolschewismus! Wenn es das Vaterland über sich bringen sollte, uns zu verlassen, wenn es die Staatsmänner und deren Nationen verantworten sollten, und preisgeben, dann gut, dann sind wir eben doch die letzten, die aus dem großen Krieg, der die Welt und ihre Moral zerrüttet hat, ihr Pflicht und Ehrgefühl der Menschlichkeit gegenüber gerettet haben; vielleicht gibt es noch einen Gott auf der Welt, der uns beisteht.

Offiziell wird von diesem Aufruf behauptet, daß er abgefaßt worden sei, bevor die Rundgebung der Regierung und die letzten entscheidenden Befehle des Reichswehrministers über die Räumung des Baltikums erlassen worden seien. Und in einer offiziellen Meldung vom letzten Abend wird behauptet, daß der Rücktransport der Truppen nach Deutschland begonnen habe und daß sich gegenwärtig dauernd Truppentransportzüge aus dem Baltikum nach Deutschland unterwegs befinden. Der größte Teil der deutschen Truppen habe sich bereit erklärt, nach Deutschland zurückzuführen, nur ein geringer Teil der „Eisernen Division“ sei noch zu keinem Entschluß gekommen. Man rechne aber bei der Regierung damit, daß auch der noch stehende Teil der Truppen zur Heimkehr zu bewegen sein werde. Wir werden abwarten, ob die Regierung mit ihrer optimistischen Auffassung recht behalten wird. Vorläufig ruft die alldemokratische Presse bereits triumphierend aus: Die baltischen Freikorps kehren nicht zurück!

Der Aufruf der baltischen Soldateska selbst ist ein Gemisch von widerwärtiger Deuschel und verlogenen Redensarten. Ganz abgesehen davon, daß die deutschen Truppen in den baltischen Gebieten überhaupt nichts zu suchen haben, muß das deutsche Volk es ablehnen, diese Vandalen als Vorkämpfer für die Revolution und für die wahre und soziale Weltanschauung anzuerkennen. Was sie im Baltikum treiben, ist ein wahrer Hohn auf Menschlichkeit, Sozialismus und Revolution!

Nam hatte die Regierung versichern lassen, daß die Truppen aus den baltischen Gebieten zum größten Teil wieder zurückzuführen, so wird ein neuer Aufruf veröffentlicht, den der Major Wischoff an die Soldaten der „Eisernen Division“ am 6. Oktober erlassen hat. Die Regierung kann sich also in diesem Falle nicht damit herausreden, daß der Aufruf noch vor dem Bekanntwerden ihrer Maßnahmen ergangen ist. Es heißt darin:

Wir wollen das von uns und nur von uns erobert unter russische Flagge stellen. Wir wollen den helfen, ihre Heimat von der Geißel der Menschheit zu befreien, daß ich deutsch bin und deutsch die letzten Blutstropfen. So merdet ihr mir glauben, mir auch auf diesem Wege unbedenklich folgen könnt, auch hier für Deutschland arbeiten will, indem ich Freunden helfe. An der Seite des Korps Graf wollen wir unser Recht verteidigen und, wenn es sein einmal erkämpfen. Wird die Entente uns auch noch so zeigt sie so nur zu deutlich ihr wahres Gesicht. Ihre gegen uns ist nur ein Vorwand, um das deutsche Volk zu treffen. Darum bleibt fest, Soldaten der Division! Und wenn der Engländer Leiten und Eien heyt, dann wollen wir zeigen, daß wir unseren Recht tragen.

Eine offiziöse Anmerkung zu diesem Aufruf sagt weise, wie stark sich im Baltikum das Vandalenführer eigene Faust herausgebildet habe. Es zeige sich dabei auch die erstickende Urteilslosigkeit „dieser kleinen nersührer“, die in die Politik eines großen Volkes pflichten. Jetzt endlich scheint also die deutsche Regierung erkennen, welche Gefahr dem deutschen Volke aus den fädelichen Abenteuer zu entstehen droht. Viele Monate hat sie dieses Unwesen geduldet; sie hat die ganze russische Söldnerarmee betrieben wurden, sie ließ diese Materialsendungen nach dem Osten hinausgehen; damit zum Mitschuldigen an der verbrecherischen „dieser kleinen Söldnerführer“, die in Wirklichkeit sinnungs- und Bundesgenossen der deutschen Militärvorkämpfer für die deutsche Konterrevolution geworden. Wenn gegenüber diesem vor aller Welt bloß Bauer in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung fädelichen Ueberreizungen der unabhängigen gesprochen hat, so ist ihm darauf zu erwidern, daß er solchen Redensart nur die gänzliche Unfähigkeit zu wissenheit der eigenen Regierung kennzeichnet. Seit Monaten vorausgesagt haben, ist jetzt eingetroffen haben nicht das mindeste übertrieben: die Entwicklungsverhältnisse hat die von uns unzählige Male ausgesprochen Besürchtungen, daß das baltische Abenteuer eine Riesengefahr für das ganze deutsche Volk sich werde, noch übertroffen. Herr Bauer hätte besser die Mitschuld der Regierung eingesehen, anstatt den Bankrott durch Schimpfen auf die bösen Unab zu bemänteln.

Wie die „Kämpfer für soziale Weltanschauung“

Von einem ehemaligen aktiven Feldwe während des Krieges vier Jahre an der Front war, im Frühjahr dieses Jahres infolge Arbeitsmangels sich baltischen Truppen anwerben ließ, doch bereits nach Monaten voller Entsetzen über die verbrecherischen der dortigen deutschen Vorkämpfer seine Entlassung erhalten wir folgende Schilderung über das Treiben der deutschen Truppen im Baltikum:

Ich gehörte der Maschinenabwehrabteilung der 1. Nebem an, die seinerseits der sogenannten 1. Legion unter dem Befehl des Kapitänleutnants von unterstand. Sämtliche deutschen Truppen im Baltikum mehr als drei Vierteln aus niedrigen, arischen u. a. und Landsknechten schämlicher stie zusammenhält, das ist nicht etwa ein nationaler oder Gedanke, sondern allein die Lust nach Raub und Wärdien ihnen morgen die russischen Bolschewisten zwei Mark höhere Löhnung versprochen, so würden sie den Fahnen in deren Lager übergeben. Von irgendeiner plin ist keine Rede. Abgesehen von gelegentlichen wird überhaupt kein Dienst getan. Jeder macht im großen was er will, und die Offiziere wagen kaum, irgend eine ihre Leute zu unternehmen. Raub, Plünderung und sind an der Tagesordnung. Von Bestrafungen hier man kaum jemals etwas.

Die Landeseinwohner werden auf das schändlichste und rücksichtslos ausgebeutet. Nach der Eroberung Riga fanden die entsetzlichsten Plünderungen statt. haben eine große Anzahl Leute ungeheure Summe raubt, deren sie sich öffentlich rühmen. Manche haben 100 000 Rubel erbeutet.

Bestehende Beispiele für das Wüten der Soldateska bilden die zahlreichen Ueberfälle auf und Wärdien, die in einer hier nicht wiedergegeben und Beis geschändet werden. Als in einem solchen lettische Militä eingegriffen wollte, wurde sie Deutschen mit Revolvern zur Umkehr gezwungen.

In einem Falle solcher Frauenraubung, in dem wieder auf Vertreibung der schuldigen Soldaten drängte, diese schließlich mit 10 Mark Geldstrafe befreit die Betroffenen die 10 Mark bezahlten, äußerte ein das made hat nicht, soviel fälle von den 10 000 Mark die er in Riga geraubt habe. Kon ab Erklärung des betreffenden Feldwehels, er würde sich fädelichen Strafe nicht berüßigen und die Angelegenheit melden, wurde ihm bedeutet, er solle das nur ruhig würde die Sache von dort aus schon unterdrücken.

Trotz solcher Untaten gelten die Soldaten der deutschen bei den Bewohnern als noch verhältnismäßig „anständig“ Soldaten der sogenannten „Eisernen Division“ noch einen viel furchtbaren Ruf.

Als zu meinem Fortgang von der Truppe, also bis tober, kamen unentwegt neue Freiwillige an das Kommando. Verbot sollte man sich höhnisch und angeworbenen wird ein Unlaubschein zugesandt, um den zu erwecken, daß sie bereits der Truppe angehörend und Unlaub in Deutschland waren. Die Offiziere erklären, daß sie nicht daran dächten, nach Deutschland zurückzuführen. Mannschaften ist diese Frage an sich völlig gleichgültig. eben nur dort sein, wo es hohe Löhnung und viel zu rauben gibt.

Infolge dieser Untaten ziehen sich die wenigen an die Elemente, die sich noch unter den Unteroffizieren und schäften befinden, immer mehr zurück. Zugleich mit mir allein von meiner Abteilung 6 Unteroffiziere und 20 Dienst. So bleibt das Bestände allein zurück.

Sozial mit bekannt ist, befindet sich der Führer meiner teilung, Hauptmann Redem zur Zeit in Berlin. Ich zeit bereit, ihm gegenüber für die Wahrheit meiner Behauptungen einzustehen.

Der
Stell
entigen
ampf ein
enden un
zangen I
ch ä r f
Un
panders
estieren,
der fünfz
mit dem
das Ober
Kommissi
findenden
arbeit.
Von
Her Z
Lundgebun
wird
unzere
guten
Eine
des Rube
Metallarb
ihre Soli
Das
Die
polemisiert
des Genu
arbeit
tag. Die
nossen M
und die
Militär
wieder
hat, dem
Der
es war
es einseitig
abwohl
des Vri
arteilung
maden, i
daß ein
schaft und
Aufgabe
Das Re
nicht ver
lungens
spruch für
geschäfer
eigle,
Worauf
sprachen
parteiisch
seitig au
fern der
ein. Do
seiner D
erklärt,
haltung
gegen de
den Jnd
drücken
dunk
D
Frage a
Regieru
tische Z
nehmer
ber. We
unter
leit, die
Polizei,
Ein sol
itum m
einer so
Regi
ihre
lösen
Ber
zeit:
Wahr
Einzel
dahin
Schaffu
Und es
Führer
seiten d
grund
Fristlich
Do
oft als
N
sich
sozial
Zufall

Heute, Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin und Spandau

Der Streik der Metallarbeiter.

Die Streiklage.

Stetig gewinnt der Streik an Ausdehnung. Am heutigen Tage sind 17 weitere Firmen in den Lohnkampf eingetreten. Insgesamt hat sich die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten um 2850 erhöht. Aus einer ganzen Anzahl von Betrieben wird eine besondere Verärgerung des Streiks gemeldet.

Um gegen die Zusammenziehung von Truppen, besonders in Siemensstadt und Oberhönoweide zu protestieren, wurde eine Kommission aus Mitgliedern der Hünzelnernkommission und der Streikleitungen gewählt, mit dem Auftrag, sich an den Polizeipräsidenten und an das Oberkommando Noke zu wenden. Der Bericht dieser Kommission wird den Kollegen in der am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gegeben werden.

Von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker wurde uns folgende Sympathieumgebung zugestellt:

„Werde Genossen! Wir sprechen Euch in Eurem wirtschaftlichen Kampf gegen die Metallindustriellen unsere warmste Sympathie aus und wünschen Euch einen guten Ausgang der Bewegung.“

Eine weitere Resolution geht uns von den Angestellten des Rudolf-Virchow-Krankenhaus zu, die den streikenden Metallarbeitern usw. vollste Sympathie ausdrückt und ihnen ihre Solidarität in Aussicht stellt.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Das Metallartell der Groß-Berliner Gewerkschaften.

Die Hünzelnernkommission.

Neue Entstellungsvorläufe.

Die regierungsoffizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ polemisiert in einem langen Artikel gegen die Vorlegungen des Genossen Richard Müller über den Metallarbeiterstreik in unserer Morgenausgabe vom Dienstag. Dieser Mißbrauch zeigt, daß der Artikel des Genossen Müller, der die durch den bürgerlichen Presselack und die Bekämpfung der Streikenden durch Polizei und Militär stark verwischten Zusammenhänge der Bewegung wieder einmal ins helle Licht der Wahrheit gerückt hat, dem offiziellen Blatte unangenehm ist.

Der Artikelschreiber der „Deutschen Allgemeinen“ findet es zwar natürlich, daß Genosse Müller die Dinge vom einseitigen Standpunkt des Masseninteresses betrachtet, obwohl er zugeben muß, daß aus manchen wichtigen Teilen des Artikels Müllers eine durchaus nicht so einseitige Beurteilung spricht. Aber das Blatt muß diese Unterstellung machen, um davon übergehen zu können zu der Bemerkung, daß ein „Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Gesamtheit“ geschaffen werden müsse. Es sei Aufgabe der Regierung, diesen Ausgleich herbeizuführen. Das Reichsarbeitsministerium habe auf diesem Gebiete nicht versäumt, es habe Schlichtungsausschuss auf Schlichtungsausschuss eingesetzt und Schiedssprüche auf Schiedssprüche fallen lassen, und nur daran seien alle Bemühungen gescheitert, „daß die Metallarbeiter sich nicht bereit zeigten, sich den unparteilichen Schiedsprüchen zu fügen“. Worauf zu erwidern wäre, daß sich die Arbeiter den Schiedsprüchen nicht unterworfen haben, weil sie eben nicht unparteilich waren, sondern den berühmten „Ausgleich“ einseitig auf Kosten der Arbeiter herstellen wollten. Auf diesen Kern der Darstellung Müllers geht das offiziöse Blatt nicht ein. Dagegen wirft es die ohnehin etwas holperige Logik seiner Darstellung völlig über den Haufen, indem es selbst erklärt, daß den Arbeitern eine „ausreichende Lebenshaltung garantiert“ werden müsse. Die Schiedssprüche aber, gegen deren Anerkennung sich die Arbeiter wehren, geben den Industriellen die Möglichkeit, die Lebenshaltung zu drücken. Diesen klaren Sachverhalt von neuem zu verdunkeln, ist der Zweck des offiziellen Artikels.

Die gleiche Methode wendet er auf die Lösung der Frage an, ob der Streik politische Tendenzen verfolgt. Der Regierung liege nicht daran, „einem Lohnkampf eine politische Tendenz zu geben“, schreibt das Blatt. Die Unternehmer aber haben ein lebhaftes Interesse daran, dem Kampf der Metallarbeiter politische Motive und Absichten zu unterstellen, denn dadurch bekommen sie die Möglichkeit, die Machtmittel des Staates, Militär und Polizei, gegen die Streikenden in Anwendung zu bringen. Ein solcher Verlauf eines Kampfes ist ihnen lieber, als das stumme Weissen der Kräfte, das den Streik zu einer so wichtigen Waffe der Arbeiter macht. Und die Regierung hat den Unternehmern willig ihre Unterstützung bei diesem Streben geliehen. Das ist ihre Schuld, an der die schönsten offiziellen Zeitungsartikel nichts ändern werden.

Ferner erlaubt sich das Blatt folgende Niederträchtigkeit: „Nun ist es doch wohl aber eine unumstößliche Wahrheit, daß von kommunistischer Seite nicht nur in Einzelfällen, sondern nach einem wohlangelegten Plan dahin gearbeitet wird, unser Wirtschaftsleben durch ständige Schaffung von Störungen nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Und es ist auch eine bezeichnende Erscheinung, daß als Führer fast aller wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit auf Seiten der Arbeitnehmer stets Persönlichkeiten in den Vordergrund getreten sind, die man als Inspiratoren der spartakistischen Bewegung seit langem kennt.“

Das ist keine „unumstößliche Wahrheit“, sondern eine oft als solche gekennzeichnete gemeine Lüge.

Die gelbe Pest.

Widersäher aber als alle diese Methoden der bürgerlichen Presse ist die verleumderische Hebe, mit der die rechtssozialistischen Lohnkämpfe begleitet. Durch einen günstigen Zufall sind wir schon heute in der Lage, der Arbeiterchaft

kenntnis vom Inhalt eines Blattes zu geben, das der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. anfertigen läßt. Es sieht so aus:

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen!

Wegenwärtig wird von den Kommunisten und Unabhängigen wieder eifrig Stimmung gemacht für

einen neuen Generalkrieg.

Die Agitation dafür tritt freilich nach außen hin nicht so deutlich in Erscheinung; desto emsiger wird im Stillen gearbeitet. Man will versuchen, wider der Masse wirtschaftlicher Kämpfe die Arbeiterchaft in einen

politischen Streik

hineinzutreiben. Dazu sollen besonders die gegenwärtig erhobenen Lohnforderungen der Straßenbahner und Eisenbahner dienen. Vor allem glaubt man, daß es

durch einen Streik der Eisenbahner

gelingen würde, nicht nur das Wirtschaftsleben lahm zu legen, sondern auch die Regierung zu stürzen. Da die Stimmung bei den Eisenbahnern für den Streik nicht besonders günstig ist, versucht man, sie durch alle möglichen Zusagen, z. B., daß die Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit

Achtung!

Arbeiter - Betriebsräte

(Arbeiter-Angestelltenausschüsse, Funktionäre)

der gesamten Lederindustrie!

Am Freitag, den 10. Oktober,

abends 6^{1/2} Uhr, findet in den

Sophiensälen, Sophienstr. 18,

== eine große ==

Funktionär-Versammlung

statt. Näheres siehe Inserat.

Achtung!

zu ihrer Unterstützung niederlegen würden, so daß die Regierung denn unter allen Umständen auch die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner bewilligen müßte, für den Streik zu gewinnen, obwohl bei den ungeheuren Zuschüssen, die heute schon die Eisenbahnen erfordern, ein Entgegenkommen nur durch weitere ungeheure Belastung der Steuerzahler möglich ist. Hier will man Tausende von Eisenbahnern, die einem politischen Streik ablehnend gegenübersehen, ohne daß sie es merken, für die politischen Absichten gewisser Kreise, die sich vorläufig noch vorsichtig im Dunkeln halten, mißbrauchen. Nun kommt dem deutschen Volk, und damit dem Proletariat, kein größeres Unglück passieren, als wenn im gegenwärtigen Augenblick gerade nach Friedensschluß das Wirtschaftsleben durch einen politischen Streik erneut aufs allerschwerste erschüttert würde. Ein solcher Streik wäre geradezu

ein Verbrechen am deutschen Volk

und damit auch an der Arbeiterchaft.

Wir warnen darum unsere Parteigenossen und alle besonnenen Arbeiter dringend, sich für einen solchen Generalkrieg einzulassen zu lassen. Arbeiter! Angestellte! Beamte! Parteigenossen!

Folgt nur der Parole der Parteileitung und nicht den Treibereien unverantwortlicher Personen.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S.P.D.

Der Vorstand der Rechtssozialisten also ist es, der der gesamten Hegepresse das Stichwort gibt für den Fall, daß die Eisenbahner, Straßenbahner und Elektrizitätsarbeiter gezwungen sein sollten, in den Streik zu treten. Diese Gemeinheit ist nun so ordentlich, weil auch diese Leute wissen, daß über alle diese Lohnstreitigkeiten aus sichtsreiche Verhandlungen im Gange sind, deren Verlauf durch die verbrecherische Tat eines solchen Zäunenanknüpfes aufs äußerste gefährdet werden muß. Aber diese Leute brennen darauf, den offenen Feinden der Arbeiterklasse neue Waffen der Verleumdung in die Hand zu geben.

Nun wird der Streik der Metallarbeiter auf dem Tisch zwar nicht erwähnt. Die traurigen Gesellen wissen aber nur zu gut, daß auch er sofort mit dem Inhalt des Blattes in Verbindung gebracht wird. Darin aber liegt der Hauptweck der Hebung. Jede Lohnbewegung soll in Mißkredit gebracht werden. Die für eine erträgliche Lebenshaltung kämpfende Arbeiterchaft soll gespalten und zur Ohnmacht verdammt werden: einst das Ziel der Selben, heute die Lebensaufgabe der S. P. D. Es ist ein treffendes Symbol, daß das Blatt auf gelbem Papier gedruckt ist.

Die Lohnstreiks — und besonders der Metallarbeiterstreik — sollen mit Gewalt zum Scheitern gebracht werden, weil Genossen unserer Partei die Führung haben. Aus schäblicher Parteigeheißigkeit wollen diese Gesellen einen Erfolg der neuen Ortsverwaltung auf alle Fälle verhindern, um Gelegenheit zu neuer Hege gegen die unabhängigen Führer der Bewegung zu bekommen. Und zur Verfolgung dieses niedrigen, aus dem engen Hirn eines geistlosen Nichtsalzhonzen entspringenden Parteiegoismus ist ihnen jedes Mittel recht bis zum offenen Verrat am Gesamtinteresse der Arbeiterklasse, das, wie immer wieder betont werden muß, bei diesem Streik auf dem Spiel steht.

Aber was sagen die rechtssozialistisch organisierten Arbeiter dazu? Verstehen sie nun den Ruf ihrer Funktionäre „Gustav muß bleiben“? Gustav und die Rosketen sind ein unentbehrlicher Bestandteil solcher Methoden, Gustav und der Bezirksvorstand sind in der Tat nicht zu trennen. Sie bedingen einander.

Und — so müssen wir auch hier wieder fragen — was sagen die Gewerkschaftsführer zu solchen „Partei-genossen“? Wie lange wollen sie sich solche Unterstützung

gefällt lassen? Sie müssen sich darauf gefaßt machen, daß sie für mit schuldig erklärt werden, wenn sie solchen widerlichen Treiben nicht sehr bald Einhalt gebieten.

Achtung!

Kollegen der Firma Orenstein u. Koppel, Rowanow, die zur Verwaltungsstelle Berlin gehören, haben sich zwecks Eintragung in die Streiklisten am Donnerstag, den 9. Oktober 1918, vormittags 10—12 Uhr, im Lokal Neufing, Linienstr. 83 a, eingefunden. Wir machen darauf aufmerksam, daß diejenigen Kollegen, die sich nicht rechtzeitig zur Eintragung in die Listen melden, Besäße laufen, keine Streikunterstützung zu erhalten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (S. P. D.) hat, nachdem die Vertrauensleute aus den Betrieben den Arbeitern in ihrem augenblicklichen Streik ihre Sympathie ausgesprochen haben, nunmehr auch eine Sammlung unter den Angestellten veranstaltet. Die von der Streikleitung angefertigten Sammelmarken stellen den Angestellten in der Geschäftsstelle, Jerusalemstraße 3/4, zur Verfügung.

Firma Fröh Werner, Aktiengesellschaft, Mariensfelde. Mittwoch vorm. 11 Uhr Betriebsversammlung in Mariendorf, Chausseestraße, am „Schwarzen Adler“. Die Streikleitung.

Siemens-Schubert, Franklinstr. 20. Donnerstag, 11^{1/2} Uhr, Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Betriebsversammlung. Sozialistische Künstler (Tribüne). Auszahlung der Streikunterstützung. Mittwoch Duitung unterschreiben. Die Streikleitung.

Mig u. Genest. Am Donnerstag Besichtigung der Konsum-Gewerkschaft Berlin und Umgebung. 10 Uhr: alle Herzen, 11 Uhr: 200—500, 12 Uhr: 500—600, 1/2 1 Uhr: 600—1200. Treffpunkt vor dem Haupteingang.

Dram-Werk. Mittwoch 12 Uhr mittags Betriebsversammlung bei Schöner, Alt-Stralau. Die Streikleitung.

Achtung! Alempner! Die Rohrleger Berlins sind am Montag, den 8. d. M., in den Streik getreten. Wir fordern alle Kollegen auf, die Streikarbeit zu verweigern. Jede weitere Auskunft ist bei der Streikleitung der Rohrleger, Engel-Ufer 18, Saal 2, einzuholen. Die Ortsverwaltung.

A. G. Betriebe Hennigsdorf. Donnerstag vormittags 8 Uhr Betriebsversammlung auf der Wiese. Nach der Lohnzahlung und Auszahlung der Betriebs-Streikgelder für die zweite Streikwoche. Für Berliner: Streikunterstützung Freitag; Streikunterstützung Sonnabend in bekannten Einsammelstellen. Neblige Frühlänge unbedingt benutzen!

Aus der Partei.

Die Parteioorganisationen zum Parteitag.

Eine am Sonntag, den 5. Oktober, in Merseburg abgehaltene Generalversammlung der Parteioorganisation des Wahlkreises Merseburg-Querfurt (U. S. P.), die von etwa 90 Personen besucht war, nahm nach einem Referat des Gen. S. a. m. über den Parteitag einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Die Kreisgeneralversammlung des Kreises Merseburg-Querfurt betont aufs neue, daß zur Führung des Wirtschaftskampfes des Proletariats nur das Aktionsprogramm der U. S. P. maßgebend sein kann. Aus diesem Grunde erachtet sie die Beteiligung an den Parlamenten nur als eine der Waffen zur Durchführung der sozialen Revolution. Ferner erklärt sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Beteiligung an der Genfer Konferenz und fordert vom Parteitag den sofortigen Austritt aus der 2. Internationale. Die U. S. P. kann nur einer solchen Internationalen beitreten, die eine Sammelstätte aller wirklich revolutionären sozialistischen Parteien ist. Sie stellt sich grundsätzlich auf den Boden der 3. Internationale.“

Zum Parteitage wurden 4 Delegierte gewählt. Weiter beschloß die Generalversammlung die Herausgabe eines eigenen Organs für die beiden Kreise Merseburg und Querfurt, das unter dem Titel „Arbeiterzeitung“ ab 1. November der zunächst als Kopplatt des Halleischen „Volksblattes“ erscheinen soll.

Eine am Sonntag in Delitzsch stattgefundene Kreisversammlung für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld, die von 100 Delegierten besucht war, nahm nach eingehender Aussprache über die schwebenden grundsätzlichen Fragen folgende Entschlüsse an?

„Die Kreisgeneralversammlung in Delitzsch ist sich einig in dem Bestreben, das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt zur Förderung der Weltrevolution zusammenzufassen. Sie erwartet deshalb vom nächsten Parteitag, daß er seine ganze Kraft einsetzt, aus der zweiten Internationale die Parteien herauszulassen und zusammenzubinden, welche durch den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats zum Siege des Sozialismus kommen wollen.“

Die Kreisgeneralversammlung erklärt sich in der Frage des internationalen Zusammenschlusses für die dritte Internationale und beauftragt die Delegierten des Kreises, auf dem Parteitag in diesem Sinne zu wirken.“

Der erste Abgang der Entschlüsse wurde einstimmig, der zweite, den Anschließ an die dritte Internationale fordernde, mit 82 gegen 28 Stimmen angenommen. Zum Parteitag wurden drei Delegierte gewählt. Ferner beschloß die Konferenz, die Frauengruppe „Die Kämpferin“ für alle weiblichen Mitglieder obligatorisch einzuführen.

Ernst Toller

gezeichnet im Gefängnis

für die

FREIE WELT

Heute! Heut 21 Neu!

Die Groß-Berliner Arbeiterräte zur Gewerkschaftsfrage.

Austritt der Kommunisten aus der Vollversammlung.

Die gestrige Vollversammlung der Arbeiterräte brachte die längst bestehenden Differenzen zwischen Unabhängigen und Kommunisten zum Austritt. Die Streitfrage: Gewerkschaften oder Betriebsorganisation wurde von den Kommunisten wohl nur als Vorwand genommen, um den letzten revolutionären Zusammenhalt zu sprengen. Es wurde hier wieder ganz offenbar, daß die Kommunisten jede Anknüpfung an historisch Gewordenes, jede Weiterentwicklung in revolutionärem Sinne ablehnen. Es bedeutet doch eine völlige Verkennung der Lage, angesichts der bestehenden und noch zu erwartenden großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die Arbeiter ihrer wichtigsten Waffe, ihres organisatorischen Zusammenhalts, zu berauben und der gelassenen Macht des Unternehmertums die tausendfach gewaltene Kraft der revolutionären Betriebsorganisation entgegenzusetzen. Welche Verwirrung bedeutet es, wenn in der Versammlung ein kommunistischer Redner erklärte, gerade zu monopolisierten, syndizierten und kartellierten Kapital müsse die revolutionäre Betriebsorganisation entgegengesetzt werden. Und wach ein Mangel an psychologischer Einsicht ist doch ohne weiteres zu erwarten, daß bei großen Aktionen, gewerkschaftlichen Angriffs- oder Abwehrkämpfen Betriebsorganisation, die jede für sich souverän zu entscheiden haben, als Klassenkampfsmittel kläglich zusammenbrechen. Denn wo ein einheitlicher Wille fehlt, wo die Entscheidung in tausende Hände gelegt ist, da ist die Schlagkraft und die Beweglichkeit gelähmt.

Es handelt sich bei den Kommunisten um nichts anderes als Dezentralisation, Zersplitterung der zusammengeballten Kräfte des Proletariats. Die Dezentralisation liegt nicht auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschrittes und bedeutet somit auch im Hinblick auf den Sozialismus einen Rückschritt. Sie wirkt also reaktionär.

Demgegenüber verfechten unsere Genossen den Standpunkt, daß die Gewerkschaften tatsächlich nicht mehr voll und ganz den veränderten Verhältnissen entsprechen und demgemäß umzuformen sind. Die einzelnen Berufsverbände sollen zu großen Industrieverbänden vereinigt werden. Unsere Genossen gehen dabei von der ganz richtigen Erkenntnis aus, daß nur die denkbar größte und mächtigste Zusammenfassung der Arbeiterklasse dem Unternehmertum die Stirn bieten kann. Sie gehen aber auch weiter von der Ansicht aus, daß der Aufbau der Räteorganisation nur im engsten Anschluß an die Gewerkschaften sich vollziehen kann. Während die Kommunisten pathetisch ausrufen: Wir wollen keine Räte in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, suchen unsere unabhängigen Genossen den Rätegedanken in zäher Arbeit fortzuentwickeln.

Aber zähe Arbeit, das ist's ja, was die Kommunisten nicht lieben. Ihre große Seite ist: Die Revolution erzieht die ihre Kämpfer und schafft sich ihre Kampfmittel selbst. So sehr das, historisch gedacht, richtig ist, so verhängnisvoll wirkt es als Schlagwort in den Tageskampf geworden.

So sehr wir die Spaltung bedauern als erneute Schwächung des revolutionären Proletariats, so müssen wir sie andererseits aber auch begrüßen. In einer so wichtigen Frage, die den Lebensnerv des revolutionären Proletariats ausmacht, mußte Klarheit geschaffen werden. Unsere Genossen haben reichlich Geduld aufgebracht gegenüber der Verwirrungsberei der Kommunisten. Aber sie taten es im Interesse der Einheit. Daß den Kommunisten diese Einheit des revolutionären Proletariats schnuppe ist, haben sie, wie so oft, auch jetzt wieder bewiesen. Nachgerade läuft ihre Behandlung der Frage: Betriebsorganisation oder Gewerkschaften auf rein anarcho-syndikalistische Tendenzen hinaus.

Die nun geschaffene Klarheit ist zu begrüßen. Im übrigen bedeutet der Austritt der Kommunisten keineswegs eine Schwächung des Vollzugsrats, da die Kommunisten ständig an Einfluß verlieren und als Partei in völliger Zersplitterung begriffen sind.

Die Vollversammlung wurde von Richard Müller eröffnet. Als einziger Verhandlungspunkt stand die Frage:

Gewerkschaften oder Betriebsorganisation

auf der Tagesordnung. Nachdem sich schon die letzte gemeinsame Versammlung der Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre zur informatorischen Aussprache mit diesem Gegenstand beschäftigt hatte, sollte die Vollversammlung endgültige Beschlüsse fassen.

Genosse Kalzahn (U. S. P. D.) begründete nochmals eingehend die Stellung seiner Fraktion zu dieser Frage. Er betonte die Notwendigkeit des engsten Zusammenchlusses in großen Industrieverbänden. Alle weitere Entwicklung sei aber nur zu fördern durch die Revolutionisierung der Gewerkschaften von innen heraus. Genosse Kalzahn hielt den Kommunisten vor, daß selbst in ihren eigenen Reihen über die unglückliche Parole: Heraus aus den Gewerkschaften, keineswegs Klarheit herrsche. Er wies auch ganz besonders eindringlich auf die Reaktion hin, die nur auf die Zersplitterung des Proletariats warte. Er verlas die von der U. S. P. D. Fraktion eingereichte Resolution und appellierte wiederholt, angesichts der erlittenen Ereignisse, die sich draußen abspielten, an die Einheit. Er empfahl die Annahme der Resolution, die so abgefaßt sei, daß ihr auch die andere Seite zustimmen könne. Die revolutionäre Entwicklung müsse über allem Parteisanatismus stehen. Die Verwirklichung der Einheitsfront des Proletariats sei die zwingendste Notwendigkeit. (Beifall.)

Kalzahn wurde bei seinen Ausführungen dauernd von den Kommunisten durch erregte Zurufe unterbrochen.

Genosse Richard Müller wies die ungebührlichen Zwischenrufe der Tribüne zurück und drohte, die lautesten Rufe auf ihre Verantwortlichkeit zu prüfen.

Kasch (U. S. P. D.) wandte sich gegen die Ausführungen Richard Müllers in der letzten Versammlung über die historische Entwicklung der Gewerkschaften. Durch die strenge Diktion der Arbeiter in Berlin habe sich ein Kostengestaltungsdruck und das allgemeine Interesse des Arbeiters gebunden an sein Berufsinteresse. Durch die Revolution seien die Arbeiter zuerst als Klasse zusammengekommen worden. Die Liquidation des Kräftes soll auf den Schultern der Arbeiterschaft ausgegossen werden. Dazu seien die Gewerkschaften nicht imstande. Auch die Schaffung von Industrieverbänden sehe abermals eine Scheidung in Produktionszweige vor. Die Gewerkschaften würden den Bestrebungen zur Beschäftigung und Förderung der Produktion Dienste leisten und so den Kapitalismus stärken. Deshalb müßten die Arbeiter der Betriebe, ohne Unterschied der Partei, zusammengeschlossen werden zu revolutionären Stützpunkten, um den

Kampf für die Diktatur des Proletariats zu führen. Kasch erklärte sich gegen die Resolution der U. S. P. D., da sie eine Festlegung enthalte im Sinne der Umgestaltung der Gewerkschaften. Die Kommunisten wollten keine Festlegung, sie wollten lediglich eine Aussprache. Kasch prophezeite den Unabhängigen, daß sie ebenso wie sie sich zur Diktatur des Proletariats gefunden hätten, sie sich auch über kurz oder lang zur revolutionären Betriebsorganisation zusammenschließen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag der U. S. P. D. auf unbefristete Redefreiheit in der Diskussion wurde abgelehnt. Die Diskussion selbst eröffnete Genosse Neumann (U. S. P. D.). Er mahnte die Kommunisten, aus den Tatsachen zu lernen und die Arbeiter mit neuen Persönlichkeitsabstufungen zufrieden zu lassen. (Lebhafte Unruhe bei der U. S. P. D.) Neumann warf den Kommunisten vor, daß sie eine Parteiorganisation der U. S. P. D. haben wollten, um aus der Illegalität herauszukommen; dann solle man das aber auch offen sagen. Eine weitere Zersplitterung würde einen Stillstand und somit einen Rückschritt der revolutionären Entwicklung bedeuten. Er ersuchte die Kommunisten, ihre Parole jetzt fallen zu lassen, damit die Möglichkeit bleibe, die Gewerkschaften in die Hände der Opposition zu bekommen.

Wassilief (U. S. P. D.) warf dem linken Flügel der U. S. P. D. vor, daß er sich als Verächter des reinen Rätegedankens bezeichnet, den Räten aber das Fundament, die Organisation der Masse in den Betrieben, nehme.

Eckert (U. S. P. D.) wies die Terrorvorwürfe zurück. Er zeigte an dem Beispiele der Hansa-Block-Werke, die sich jedem Versuch anheim hermetisch verschließen, daß dieser Organisationsaufbau den Todeskeim in sich trage. Die Unabhängigen würden den Beweis liefern, daß sie die Organisation umstellen könnten. Er forderte seine Freunde auf, an der Organisation festzuhalten. (Lebhafte Beifall.) Eckert warf den Kommunisten vor, daß sie in ihrer Parteiverbindung schon zu weit gekommen seien, daß sie am Verlaufe aber am Ende des Metallarbeiterstreiks kein Interesse mehr hätten. Dieser Vorwurf rief lebhaften Unruhe bei den Kommunisten hervor. Es erlitten Zurufe: Welche Namen nennen. Bei den weiteren Ausführungen Eckerts kam es fortgesetzt zu scharfen Auseinandersetzungen, an denen sich besonders die Tribünenbesucher durch Zwischenrufe lebhaft beteiligten. Eckert erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Wegen des andauernden Lärmes auf der Tribüne wurde die Versammlung auf 10 Minuten vertagt, um die lautesten Schreier zu entfernen.

Bei Wiedereröffnung der Versammlung schilderte Heinen (U. S. P. D.) nochmals ausführlich die Kriegspolitik der Gewerkschaften, wußte aber den längst bekannten Tatsachen keine neuen Gesichtspunkte hinzuzufügen.

Genosse Däumig (U. S. P. D.) wandte sich in eindringlichen Worten an die Kommunisten. Er sprach aus,

daß es sich nicht um große Worte handele, sondern darum, sich mit der harten Wirklichkeit und ihren Schwierigkeiten zurechtzufinden.

Die gegenwärtige Behandlung der Frage sei ein Schulbeispiel dafür, wie eine neue Idee durch vorzeitige, unzeitige Anwendung zu Tode gebracht werde. Die Arbeiterklasse habe sich keineswegs zur Klasse zusammengesunden. In den Betrieben sei die Zusammenfassung der Arbeiterkraft noch sehr unvollständig. Die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften, verschaffe den Kommunisten einen kleinen Teil Anhänger aus den Reihen derer, die aus Feindschaft gegen die Gewerkschaften nicht mehr mitmachen wollten, aber solcher, die sich von der lebenswichtigen Agitation hinreichend ließen. Die große Masse bleibe in den Gewerkschaften. Gegen die Gewerkschaften sei damit nicht das geringste getan. Im Gegenteil, die Gewerkschaftsfrage werde gehärtet und somit auch alle anderen Fragen, wie Arbeitsgemeinschaften und dergleichen. Auch Däumig wurde bei seinen Ausführungen fortwährend von den Kommunisten unterbrochen. Als er Rabel zitierte, wurde von kommunistischer Seite zugerufen, daß Rabel nichts von Deutschland verstehe. Däumig widerlegte dies treffend. Er sprach für Annahme der U. S. P. D. Resolution. Die nächste Aufgabe sei die, die Gewerkschaften umzukämpfen. Nur auf diesem Wege könne sich der Revolutionärsimpuls vollziehen. Es sollte aus Anlaß dieser Streitfrage keine Differenz innerhalb der Arbeiterschaft geben, da die Frage noch nicht ausgereift sei. (Bravo.)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

aus dem Manuskript übertragen von Hermynia zur Wählen.

Diese Leute gingen zu den demokratischen und republikanischen Versammlungen, erfreuten sich an der Musik, den oratorischen und phrotechnischen Feuerwerken und ahnten nicht, daß all dies Loosmittel seien, die von ihren Ausbeutern bezahlt wurden! Nun, heute abend werden sie erfahren. Jimmie gedachte des Kandidaten und des Andrucks, den er auf diesen und jenen machen werde. Jimmie kannte viele der Leute, die Billette gekauft hatten; er sah sich noch ihnen um und nickte eilich hinter der von den Bobies geformten Barrikade hervor glänzend zu. Plötzlich fuhr er zusammen. Den Korridor entlang kam Ashton Chalmers, der Direktor der Nationalbank, und hinter ihm — war es möglich? — der alte Gräulich, der Besitzer der Empire-Maschinenfabrik, in der Jimmie arbeitete! Der kleine Maschinist zitterte vor Aufregung, als die beiden hohen Befehlshaber an ihm vorüberzogen. Er gab Rizzie einen Wink und lästerte ihr ins Ohr. Ringsum erhob sich gleichfalls Geflüster, denn selbstverständlich konnte jeder die beiden mächtigen Männer, die Spitzen der „unsichtbaren Regierung“ von Reesville. Sie waren wohl gekommen, um zu erfahren, was ihre Untertanen denken. Nun, sie werden es erfahren!

III.

Der große Raum war gedrängt voll, die Polizei klopfte die Türen, was Jimmie als einen Teil der allgemeinen karikaturhaften Verköstigung ansah. Das Publikum begann ungeduldig zu werden, und endlich erliefen der Vorstehende, von etlichen gewichtigen Persönlichkeiten gefolgt, auf der Bühne. Die Sänger erhoben sich, der Dirigent schwenkte seinen Stab, und nun brauste die Marseillaise auf — eine französische Revolutionshymne, von einer deutschen Vereinigung englisch gesungen; kann man größeren Internationalismus fordern?! Der fürchtbaren Weltrufe bewußt, kongen sie, als hofften sie in Europa gehört zu werden.

Dann erhob sich der Vorstehende, Genosse Service. Er war ein netter Mann mit grauem Schnurrbart und wohlgepflegtem Badenbart, blendend weiße Wäsche und ein enganliegender Tuchrock bedeckten seine breite Brust; er war ein unvolanter Vorkämpfer, dessen Erscheinung einen günstigen

Einfluß machte. Er räusperte sich und erklärte, sie seien alle gekommen, um einen der größten Redner Amerikas zu hören, deshalb werde er, der Vorstehende, heute keine Rede halten. Daraufhin hielt er aber doch eine. Er sprach vom Ernst der Stunde, den ihnen der Redner noch genauer erläutern werde, und redete dann noch über alles, wovüber der Redner sprechen sollte. Dies gehörte zu den Schwächen des Genossen Service, doch wagte keiner ihn darauf aufmerksam zu machen, aus Achtung vor seiner eleganten Erscheinung, und weil er für die Partei viel Geld hergab.

Nun kam abermals der Niedertranz an die Reihe, ein deutsches Quartett und eine Fugabe wurden gesungen. Nachdem der letzte Ton verklungen war, erhob sich Genosse Gerritt, der lebhafteste junge Versicherungsbegent, welcher der Organisator der Lokalgruppe war und stets die „Sammelrede“ hielt. Er hatte eine humoristische Art, den Leuten das Geld abzuladen. „Da bin ich schon wieder!“ fing er an, und alle lächelten, seine Mädchen linnend. Während er eine heitere Anekdote zum Besten gab, setzte Jimmie das kleinste Baby auf Rizzies freien Arm, legte das zweite halb auf den leeren Stuhl, halb auf der Mutter Schoß, nahm seinen Hut und ging an die Arbeit, sobald der Niedertranz von neuem ein Lied anstimmte. Jimmies Bereich waren die reservierten Plätze, wo die beiden mächtigen Stadtmagnaten saßen. Seine Knie zitterten ein wenig, doch erfüllte er seine Pflicht und beobachtete belustigt, wie die beiden ein Gelächter in den Hut warfen, das dazu dienen sollte, ihre Macht in Reesville zu stützen.

IV.

Die Glitze wurden in den Rasteraum getrieben und geleert, die Sammler und die Mitglieder des Niedertranzes nahmen ihre Plätze wieder ein. Erwartungsvolle Stille lastete über der Menge, und endlich erliefen der Kandidat auf der Bühne. Ein Beifallssturm brach los; die Leute jubelten, schrien, klatschten. Der Kandidat setzte sich beschneiden nieder, da der Lärm jedoch andauerte, stand er auf und verbeugte sich; abermals knoll der Beifall zu wildem Losen an, und wieder erhob und verbeugte sich der Kandidat. Genosse Service hatte beschlossen gehabt, vorzutreten und zu bemerken, es sei wohl unnötig, den Redner vorzustellen. Das Publikum jedoch, als agne es des wackeren Doktors Absicht, applaudierte ohne Unterlaß, bis der Kandidat selbst vortrat, die Hand hob und zu sprechen begann. Er verlor bei oratorischen Einleitungen keine Zeit. Diese Stunde, verflüchtete er, und seine Stimme bebte vor

Bevegtheit, sei die ernsteste Stunde, die es je auf Erden gegeben habe. Heute, am Vulkan-Breit der Lokalpolitik, habe er eine Nachricht gelesen, die ihn tief erschütterte als je etwas in seinem Leben, die ihm fest die Kraft geraubt, hierher zu kommen und zu ihnen zu sprechen. Wie leicht können alle die Nachrichten noch nicht; er teilte sie mit, und Empdrungsbruste stiegen aus dem Publikum auf.

Ja, sie hätten Recht zu protestieren, fuhr der Redner fort, auf den blutigen Wäldern der Weltgeschichte stünde kein empfindlicheres Verbrechen als dieses. Die Herren Europas, von ihrer Habsucht dem Wahnsinn angetrieben, riefen die Flüche der Menschheit auf ihre gekrönten Häupter hernieder. Heute, hier, würde er es ihnen verkünden; die harte, heißere Stimme schallte zum Aufstehen an, daß sie das Verderben ihrer eigenen Rasse beseneten. Die Grundsteine aus dem Bau der kapitalistischen Gesellschaft gerissen haben, indem sie das Todesurteil dieser heroischen Märtyrer unterschrieben hatten. Die Stimme des Redners schien das Publikum von seinen Sigen aufzureizen, seine letzten Worte gingen im Beifallsdonner unter.

Dann trat abermals Stille ein, und der Mann auf der Bühne redete weiter; er hatte auf der Rednertribüne gewisse Eigenheiten, seine hagere Gestalt blieb auch nicht einen Augenblick ruhig; er kostete von einem Ende der Bühne zum anderen, krümmte sich, als wolle er sich auf die Rückbank stürzen; ein langer, knöchiger Finger fuhr durch die Luft oder stieß gegen den Fuchsbauerbaum, als wolle er des Redners Worte in die Herzen der Zuhörenden treiben. Seine Rede war eine Sturzflut von Epigrammen, Sentenzen und Schmähungen. Der Mann war voller Bitterkeit; kannte man weder ihn noch die Sache, die er vertrat, so fand man dies abstoßend und aufreizend. Wußte man jedoch, was sein Leben gewesen — ein endloser, unentwegter Kampf gegen Unterdrückung (seine sozialistische Bildung hatte er im Buchhand erworben, wobei ihn der Verlust gebracht, die Lohnsklaven einer ungeheuren Körperkraft zu organisieren) — so vermochte man ihn und seine Art zu verstehen. Sein Born war der Born des weidherzigen Dichters, des Rinder- und Naturfreundes, den der Anblick sinnlos, böswillig verurthachter Qualen zur Majerei trieb. Wenn er je zu extrem schienen, so wäntend, um gerast zu sein, heute abend redifertigte er sich, heute abend erwies er sich als Prophet. Denn nun hatte die herrschende Klasse die Maske abgerissen und ihren eithischen Standpunkt enthüllt. (Beifall folgt.)

Günter (N. P. D.) polemisierte gegen Baumig und meinte, daß die Pläne des Genossen Baumig ebenso von der Revolution durchkreuzt würden, wie bis jetzt dessen Bemühungen über die Einseitigkeit des revolutionären Deutschlands von der Revolution durchkreuzt worden seien. Die Behauptungen des Genossen Günter bezüglich der Hansa-Block-Werke bezeichnet er als Unwahrscheinlichkeit, es sei dort nie Terror getrieben worden. Es sei ein naiver Glaube, die Gewerkschaften umzuformen, sie müßten zerbrochen werden, auf ihren Ruinen müßten die neuen revolutionären Kampforganisationen entstehen. Die Betriebsorganisationen seien aus dem heftigsten Kampfe gegen das Unternehmertum geboren. Schon nach wenigen Wochen gäbe die Arbeiter-Union Rheinland-Westfalens über 140 000 Mitglieder. (Beifall bei Weisfall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. In der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag der N. P. D.-Fraktion abgelehnt. Er lautet: Die Vollversammlung der Arbeiterräte Westfalens verlangt die Aufhebung aller Beschlüsse, die von den Arbeitern und Angestellten die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verlangen. Der Antrag der U. S. P.-Fraktion, der mit großer Majorität angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 7. Oktober 1919 erklärt zu der Frage: Betriebsorganisationen oder Gewerkschaften, daß durch Revolutionierung der Gewerkschaften diese als revolutionäre Kampforganisationen ausgebaut werden müssen, daß aber im übrigen diese Frage keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes geben darf.

Es folgen hierauf eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Genosse Richard Müller polemisierte gegen Rajch, Deussen (U. S. P. D.) schiefe für den Terror in den Hansa-Block-Werken Beweise, Gertz (U. S. P. D.) wies den Vorwurf bewährter Lüge zurück.

Günter (N. P. D.) erklärte, daß dieser Beschluß weittragende Konsequenzen haben würde. Wajiele (N. P. D.) forderte unter kühnem Verstoß der Kommunisten, seine Genossen auf, unter diesen Umständen eine weitere Zugehörigkeit zu dem Parlament der Arbeiterräte abzulehnen und den Saal zu verlassen.

In dem Entlassungssturm bemühte sich Rajch (N. P. D.) zu Worte zu kommen. Er erinnerte daran, daß er auf das Prinzipielle des U. S. P. Beschlusses hingewiesen habe und meinte, daß viele Arbeiter mit Hilfe der U. S. P.-Arbeiterräte auf Grund ihrer Angehörigkeit zur Betriebsorganisation entlassen würden. Er führte weiter aus: Sie haben nun festgestellt, daß die Angehörigkeit zur Gewerkschaft ein Braugang ist. Sie haben die prinzipielle Erklärung gelehrt. Unsere Fraktion wird dazu Stellung nehmen und ich sage ihnen heute schon, wenn sie diesen Antrag nicht abändern, wird die Trennung sein zwischen uns. Ich fordere meine Genossen auf, bis zum Schluß der Versammlung noch hier zu bleiben.

Richard Müller protestierte aufs Schärfste dagegen, daß Mitglieder der U. S. P. Angehörige der revolutionären Betriebsorganisationen herausgeworfen haben. Genosse Reumann und ein Vertreter der Straßenbahn stellte fest, daß bei dem fraglichen Fall in der Großen Berliner Straßenbahn gerade die U. S. P.-Genossen den kommunistischen Genossen geschäftig haben, so daß er heute noch dort tätig ist.

Heinen (N. P. D.) erklärte nochmals, wenn die U. S. P. diesen Beschluß nicht rückgängig mache, seien die Kommunisten verpflichtet, die Konsequenzen zu ziehen. Dann Dussé er ein weiteres Zusammenarbeiten nicht mehr geben.

Müller wehrte sich nochmals gegen die Unterstellungen der Kommunisten.

Peters (N. P. D.) hat ebenfalls seine Genossen, bis zum Schluß der Versammlung anrufen zu bleiben. Er halte es für unangebracht, wenn man jetzt der bürgerlichen Gesellschaft das Bild der Herrlichkeit biete.

Genosse Richard Müller schloß darauf die Versammlung mit der Bemerkung, daß die Unabhängigen mit ruhigem Gemissen aus der Versammlung gehen könnten. Die laufenden Dringlichen würden die Unternehmern und die Rechtssozialisten sein.

Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, 7. Oktober 1919.

Auf eine Anfrage der Abgeordneten Sabertz und Schiele (Dnat.) über die unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen von der Reichsregierung für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegebene Schrift, deren Inhalt eine Erklärung der Revolution in ausgedehnter sozialdemokratischer Sinne darstelle, erwiderte Reichstagsminister Ledebur: den Regierung ist nicht bekannt, daß Kriegsgefangene an dieser Schrift Anstoß genommen haben. (Lebhaftes Geklör, Gertl rief und Anrufe.) Die bedürftlichen Stellen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Heimkehrenden in republikanischer Sinne aufzuhalten.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts für das Reichsmilitärwesen, den Reichsanleger und die Reichsfinanz.

Reichsanleger Bauer

Ich dem Hause den Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung mit. Er führt aus: Das Kabinett repräsentiert die überwiegende Mehrheit unseres Volkes. Ob dieses Stärkeverhältnis, wie es die Wahlen vom 19. Januar feststellten haben, immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik zeigen, die angesichts des Arbeitsstoffes der Nationalversammlung nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Die Vorlagen über die Arbeiterräte und den Reichswirtschaftsrat, die Steuergerichte, der Etat und die Wahlgesetze, das Mannschafts- und Heimkehrer-Verordnungsgesetz werden unbedingt noch von diesem Hause erledigt werden müssen.

Das Programm des Kabinetts ist das gleiche geblieben. Es wird noch immer zu viel in Deutschland ge-Prellt. Der Streik muß wieder werden, was er war, das heißt nur mit höchster Selbsttätigkeit anzuwendende wirtschaftliche Kampfmittel. Die Korruption, die noch in voller Blüte steht, muß in allen Schichten ohne Ansehen der Person bekämpft werden. Der Gesandtschaft über die Betriebsräte, und die Wirtschaftsräte soll den Arbeiter in Zukunft während an der Entwicklung der Wirtschaft mit beteiligen. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden. Wie die Zivilprozessordnung das Verfahren vor den obersten Gerichten regelt, so muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf im Reichsarchivministerium bereits vorliegt, die Rechtsgarantien für ordnungsgemäße Beilegung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren festlegen. Das letzte Ziel ist das obligatorische Schlichtungsgericht, das Streiks auf das äußerste Maß beschränkt. Ein Gesetz über den Einleitungsbefehl soll die Kriegsbefugnisse von dem sozialen Verfall lösen. Das Gesetz über die Militärrentenverteilung muß noch in diesem Winter erledigt werden. Auch der Weg der Umsiedlung wird beschränkt werden. Ein Arbeitsgesetz ist in Vorbereitung, wodurch der Arbeitslosenstand sichergestellt wird. An Stelle der Arbeitslosenversicherung muß Arbeitsbeschaffung treten. Die Arbeit bei den Eisenbahnen und in den Eisenbahnen muß gefördert werden. Wie müssen zu unserem Schmerz sagen, hat überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen in wieder eine Propaganda am Werk, die uns den Friedenswillen abspricht. Von diesen Missetatungen und Verleumdungen ist die Reichsrecht-

verletzung, was notwendig von dem Reichstag zu verantworten ist. Die Lösung der Streitigkeiten und zur Herabsetzung verschiedener Einflüsse auf die Volkswirtschaft über das künftige Schicksal deutscher Landesrechte. Unter der Voraussetzung der vollständigen Befreiung des Friedens durch beide gegnerische Mächte wird bereits einen Plan zur

Gerechtheit der Stärke der Truppen

ausgeführt. Der seine Pflicht tut und seine Stellung nicht schmerzlich partiellistisch wahrnimmt, ist in der Reichswehr der Hauptteil willkommen. Schön ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst von rechts und links das Bild der Republik geschildert wird. Wir haben die Aufgabe, moralische Erhebungen zu machen, wenn wir uns davon nicht aus reinen Händen machen, sind wir von vornherein verloren. Im Weltkrieg haben wir nichts zu suchen. Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden zu einem Erfolg führen. Ich protestiere gegen das letzte Ultimatum, daß uns neue der deutschen Frau und dem deutschen Kind das höchste Gut und Wohl abschneidet. So haben wir aus den Völkern nicht gedacht. Wir begründen den Vertrag mit Polen. Es ist schmerzhaft, daß der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen so geringe Fortschritte macht. Die Reichsregierung erzieht den Ruf: Die krieglichen Aufgaben die Völkerverständigung gegen die gewinnlosen Dummheiten des Chauvinismus. (Langanhaltender lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses. Händchen bei der Mehrheit.)

Hg. Petersen (Dem.): Jede Politisierung der Armee ist zu vermeiden. Wir halten die Revolution für ein großes Unglück, eine organische Entfaltung zu demokratischen Zuständen wäre uns lieber gewesen. Arbeit ist heute Staatsnotwendigkeit; doch erkennen wir das Streikrecht grundsätzlich an. Wir sind für ein geschicktes Schlichtungsverfahren, Einführung der Arbeiterräte, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, Schutzmaßnahmen gegen jeden Terror, schnellen Abbau der Zwangsökonomie. (Beifall bei den Demokraten.)

Hg. Schrödermann (Soz.): Ich freue mich, daß die demokratische Partei zur Anteilnahme an den Regierungsgeschäften zurückgefunden hat. Selbstverständlich wäre mir eine rein sozialistische Regierung lieber. Aber als Offizier freiwillig den Ruf der Republik trägt, soll protobierende Redensarten gegen die Republik unterlassen. Sonst zeigt er, daß sein Ehrgefühl in ein bedenkliches Schwanken geraten ist. Ich wünsche, daß die Verhandlungen des Ministers Rade noch dieser Richtung hin erfolgreich sein werden. Ich habe in der Vernehmung einzelner Monarchisten in wichtigen Stellen der Armee und des Sicherheitsdienstes noch eine andere Gefahr. Denn Monarchismus und Spartaismus brauchen einander. (Lebhaftes Zustimmung.) In dem der Spartaismus die Demokratie sabotiert, fördert er die Reaktion. Wir haben kein bringenderes Interesse, als den Verfall der U. S. P. zu verhindern und soviel als möglich aufzuheben, das Volk ohne Unterbrechung der Partei in den Besitz seiner demokratischen Freiheitsrechte zu setzen. Wir wünschen so rasch wie möglich zu sehen, ob

eine spartakistische Aufschüttung

noch besteht. Die Unabhängigen behaupten, sie bestünde nicht. Ich wünsche von Herzen, ich könnte das mit derselben Bestimmtheit sagen, aber dann bitte ich Sie (zu den U. S. P.), dringend dahin zu wirken, daß so unfinnige Streiks, wie der am letzten Donnerstag hier in Berlin, vermieden werden. Zur Verhinderung der gegenrevolutionären Gefahr ist die Einigung der Arbeiterklasse das einzige Mittel (Sehr wahr.) Ich wende mich an Sie (zu den U. S. P.) mit dem eindringlichsten Appell. Sie glauben, daß Sie uns viele Fehler vorzuwerfen haben. Wir glauben daselbe von Ihnen, aber wir empfinden gleichwohl den tiefsten Widerwillen gegen die Selbstzerstückelung der Arbeiterklasse. Solange die Arbeiter nicht einsehen, daß ihnen nur die Einigkeit helfen kann, kann es nicht besser, sondern nur schlechter werden. Statt die Arbeiter zu gesplitteln, sollten sie alle Kräfte darin setzen, daß bei den nächsten Wahlen hier eine sozialistische Mehrheit einzieht, die Sie allein nicht erreichen können.

Sie (zu den U. S. P.) werfen uns vor, daß wir eine gemeinsame Regierung mit den bürgerlichen Parteien bilden. Sie selbst haben uns dazu gezwungen. In Sachen hatten unsere Parteigenossen die Wahl, entweder mit den Demokraten oder mit den Unabhängigen die Mehrheit zu bilden. Als aber die künftigen Unabhängigen sich in erste Verhandlungen einlassen wollten, wurde von den ganz Unabhängigen eine Reichskonferenz einberufen, und da erklärte Hanje, von einer gemeinsamen Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten könne keine Rede sein. Bei Verhandlungen müsse man die Bedingungen so stellen, daß sie unannehmbar seien. (Gertl, Gertl bei den Soz.) So sind die Verhandlungen gescheitert.

So wenig im Staat eine Rückkehr zur Monarchie nötig ist, so wenig ist in den Betrieben eine Rückkehr zum patriarchalischen System möglich. Wir erblicken in dem Gesetz über die Betriebsräte den Anfang einer Umwälzung des Unternehmertums aus einer ausdauernden zu einer führenden Schicht.

Wir sind durch den Friedensvertrag der Lohnarbeiter der ganzen Welt geworden. Daher müssen wir die Arbeiterinteressen gegen die Interessen des internationalen Kapitals verteidigen. Ich hoffe, daß wir hierzu auf der

Konferenz in Washington

Gelegenheit haben werden. Man wird dem deutschen Arbeiter nicht den Zutritt verweigern dürfen.

Der Regierung wird ihre unendlich schwere Arbeit von ganz rechts und ganz links erschwert. Wir haben leider noch hier und da Reste des alten Militarismus und die äußerste Linken freibändig damit ihr Agitationsbedürfnis. Es ist unverantwortlich, wenn die Soldaten in Kurland angefordert werden, den Befehlen der Regierung Widerstand zu leisten. (Sehr wahr, links.) Aber ebenso unverantwortlich, wenn Leute in Luzern behaupten, wir hätten noch 1 200 000 Soldaten. Darauf heißt man nur eine Panikstimmung in Frankreich. Durch die Art, wie die Unabhängigen die baltische Angelegenheit behandeln, wird die internationale Kritik verhärtet.

Wenn wir von den Volksgenossen sprechen, die Siegermacht von uns getrennt hat oder zu trennen versucht, können wir auch Deutschland nicht vergessen. Es trägt das härteste Los von allen, weil die Feinde nicht begreifen konnten, daß es trotz fünfjähriger politischer Trennung Reich von unserem Reich und Welt von unserem Welt ist. Wir werden nie aufhören, das Selbstbestimmungsrecht auch für Deutschland zu fordern. An eine gewaltsame Änderung der Friedensbedingungen hat in Deutschland kein vernünftiger Mensch gedacht. Wenn dieser Friede ein wirklicher Friede werden soll, der keine neuen Kriege bringen soll, dann darf dieser Friede nicht heißen, wie er ist, dann muß ein neuer Geist der Gerechtigkeit, dieses Werk der Gewalt abgerieben. (Beifall bei den Soz.) Mit Genehmigung haben wir von den Entschuldigungen der internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern Kenntnis genommen. Erst wenn die Völker das Recht anerkennen, dann ist der wirkliche Friede da, der Friede des gleichen Rechts für alle. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Hg. Graf Polakowsky (Dnat.): Wir sind keine Revolutionäre, dazu fehlt uns schon der Napoleon, der siegreiche General des Weltkrieges. (Gertl Gertl.) Wir sind keine solchen Don-Cadillacs, daß wir angesichts unserer schmählichen Beschränktheit und der Stimmung im Volke jetzt gewaltsam die Monarchie wieder aufrichten wollen. (Sehr wahr, links.) Aber gemeinsam sollten wir die monarchistische Verfassung für die beste, für den freien Gang der Geschäfte. Die Aufhebung der Zwangsökonomie sollte in ernstlicher Erwägung gezogen werden. In dem Finanzprogramm der Regierung vermissen wir jede Mannhaftigkeit. In den Betrieben sollte man das System der kleinen Aktien einführen, um das Interesse der Arbeiter an dem Betrieb zu wecken. Mit den Arbeiterräten sollte andersverhandelt werden. Das System der Zwangsarbeit muß gefördert werden. Die Nationalversammlung hätte nach der Erledigung der Verfassung aufgelöst werden müssen.

Hg. Joss (Soz.): Durch den Einfluß der Demokraten in Kabinett hat die Regierung die gewünschte Erweiterung erreicht. Wir haben nun einen festen Block der Verfassungskomitee. Die Parteien steht die große Masse des Volkes. Wer nicht antritt, soll auch nicht essen. Planmäßige Produktion, planmäßige Preisgestaltung sind zu fordern. (Beifall beim Zentrum.)

Das Haus verläßt sich. Mittwoch 1 Uhr: Interpellation Kriemhild (Dnat.), (D. P.) über den Schuß der Jugend gegen städtische Verwaltungen und über die Kinogensur. Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung Steuerfragen.

Bestimmungen wurde der Etat der Verwaltung der direkten indirekten Steuern zu Ende geführt. Die ganze Finanzlage hat sich zu einer Ausfrage über die allgemeine politische Lage ausgewachsen. Nebenher ging ein Streit um die der Beamten. Von unserer Seite kam Genosse Oskar Götze zu Worte. Er führte aus:

Wir fordern, die Einkommen bis 3000 Mark von der Steuer freizulassen. Angesichts der gesunkenen Konsumtion, welches gewiß eine recht nötige Forderung. Wir fordern, daß die Kinderzahl bei der Festsetzung der Steuern in vollem Umfang in Betracht gezogen wird, namentlich wenn kleinen Einkommen in Frage kommen. Es muß endlich unseren Anträgen entsprochen werden, die Dekretationspflicht alle Familien aufzuheben. Der Paragraph 23 ist ein soziales Ausnahmegericht gegen die arbeitende Bevölkerung.

Das Steuerprivileg der Militärfamilien hat seine Wirkung heute verloren, wo die staatsbürgerliche Stellung des Soldaten eine andere geworden ist und wo dieser Teil des Volkes so teuer an der Volkswirtschaft geht. Aber nicht nur dies, sondern auch das Steuerprivileg hat zu fallen. Wie wünschen einen zusammenfassend eine

organische Neuordnung des Steuerwesens.

Hierbei sollen die Einkommen bis 3000 Mark vollkommen bleiben. Die höheren Einkommen sollen erst langsam, stärker schrittweise mit Steuern belastet werden. Das wir erwarten dürfen, ist freilich recht zweifelhaft nach allem, was bisher beim Reich an Steuererträgen erzielt haben. Soziale, daß Staat und Gemeinden in Bezug auf das Steuerprivileg nur eine ganz untergeordnete Bedeutung haben. Bei den bisher angenommenen Mitteln der Steuererträge die gewaltige Aufgabe, Ordnung in die Finanzen zu bringen, nicht zu bewältigen. Wohin Deutschland finanziell regiert ist durch einen Götterkrieg und andere, ist schmerzhaft. Dieser hat es abgelehnt, zur rechten Zeit die Kriegsgewinne anzulegen zur Deckung der Kriegskosten, wie es England tat. Aber auch diejenigen trifft schwere Schuld, die die abhängige Politik mit Worten und Taten bis zum Ende unterhält und ermöglicht haben.

Nun sollen neben den direkten auch enorme indirekte Steuern erhoben werden, obwohl sich vor wenigen Jahren noch die Sozialdemokratie dagegen mit aller Entschiedenheit gewehrt hat. Heute treten die Einkommensteuern zurück, den direkten Steuern aufzuheben. Wogegen können heute noch von den Punkten des Deutschen Reiches aus ungehindert jede Kapitalanlage über die Grenzen gebracht werden, wie früher der Mitarbeiter der „Neuen Berliner Zeitung“ bewiesen haben der Best, die Kriegsgewinne fest angucken, schreit man sich.

Das Volk legt das allergrößte Vertrauen zur Regierung Steuerwesen. Wie kam man auch erwarten, daß die Regierung Vertrauen faßt, wo alle freilichsten Bestrebungen Hilfe des Belagerungszustandes niedergeknallt werden, haben unsere Regierungskreise etwa etwas getan, um durch vernünftige allgemeine Politik das Vertrauen des Auslandes zu erwerben? Das ist aber nötig, weil wir auf lange hinaus ausländischen Kredit in Anspruch zu nehmen haben. Einbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes ist es jedoch zu, daß bis heute noch keine Verständigung mit der Sowjetrepublik eingegangen worden ist.

Der Belagerungszustand

ist eines der größten Hindernisse für ein Wiederanstreben Produktivität unserer Wirtschaft. Aus einer vernünftigen Wirtschaftspolitik nach innen und nach außen schafft ein freilich Wirtschaftspolitik. Aber auch dann, wenn das Wirtschaft durch eine vernünftige Politik wieder aufgestellt sein würde es nicht imstande, die ungeheuren finanziellen Aufgaben zu tragen, wenn das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechterhalten wird. Aus einer tatkräftigen, ernstlichen Sozialisierung wird uns aus der Finanzkatastrophe und wirtschaftlichen Not herausgeführt. Aufschließen müssen wir Kapitalistenklassen, wie es schon im kommunistischen Manifest 70 Jahren gesagt worden ist. Mit der Schein- und Pseudo-Sozialisation der heutigen Reichsregierung ist das natürlich nicht zu tun. Dem Arbeiter geben, was der Arbeiter ist und dem Kapitalisten nehmen, was er sich gegen die Gesellschaft angeeignet hat, sollte unsere Parole sein. (Beifall bei den Soz.) Unsere Anträge wurden dem Staatshaushalt aus dem Hause verworfen.

Dann kamen Reden zum Staatshaushalt zur Beratung. Genosse Rosenfeld gab namens der Sozialisten die Erklärung, daß wir so, wie den Etat, auch die Reden abgelehnt haben, weil wir einer Regierung des Belagerungszustandes, der Inerentung und der Schenkungshands keinen Pfennig leihen können.

Hierauf unternahm es Genosse Kriemhild, bei der nächsten Beschlußfassung über die Verrechnung betreffend die Schlachtwege des preussischen Kronverleumdungsprozesses, den Vorstoß gegen gewisse Behörden, die hinsichtlich der Entschuldigungen bestehen sollen. Er sagte etwa folgendes:

Die Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit beunruhigt über die Verleumdungen über die Höhe der

Abschätzung, die den Gehenswerten gezahlt werden soll. Wir meinen, die Verdreher, die den Weltkrieg verurteilen, dürfen auch nicht einen Pfennig erhalten. Wenn verständlich für die breiten Massen würde es sein, wenn heißt, die Höchstmögliche einige Schilling behalten sollen. Der nächste Wählerhörsaal soll nicht selbst erbracht werden, sondern gesellschaftlich notwendige Arbeit. So sollen die Arbeiter Vater erzählen, wie es sonst im Volke üblich ist. In dem Volke, wo den Arbeiterräten ihre berechtigten Unterstellungen nicht zu läßt werden, angeblich aus Rommel an Mitleid, müßte es auch, daß den Verdreher am Volke noch eine Entschuldigungsaktion gestellt wird, mag sie nun 170 Millionen oder mehr betragen. (Beifall links.)

Herr Graf (D. Volkspartei) leitete sich einige Minuten und wurde dafür zur Ordnung gerufen.

Ein Redner der Rechten sprach dem „götterreichen“ Herrn über die Verleumdungen den herzlichsten Dank aus.

Das rief den Rechtssozialisten Bamberger ebenfalls über die Entschuldigungsfrage entschieden werden. Ein Ausschuss seiner Rede, Finanzminister Sadeck sprach sich auf den formal juristischen Standpunkt, daß das

stun" der Hohenzollern verpöndelt werden würde. Der An-
satz die rechte Seite auch einmündig von den Rechtsjuristen
angefasst worden war, schmerzte jene offenbar sehr. Herr
Pepi sagte ihnen kommunistische Tendenzen und ähnliche
Abwärtstendenzen nach. Dann kennzeichnete Genosse Rosen-
feld die rechte Seite als die rechte Seite und die unentschiedene Hal-
tung des Finanzministers.
Die Verordnung wurde genehmigt. Desgleichen, meist ohne
eine Reihe weiterer Bemerkungen. Nur bei den Be-
merkungen über die Neuorganisation des Gemein-
schaftsrechts unternahm Herr Pippel einen Vorstoß. Ihm
de von dem Genossen Ludwig jedoch gegenüber geant-
wortet.
In einem anderen Verlage beantragte die Regierung einen
Eid von 550 Millionen Mark, um billige Be-
nennung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.
Millionen davon sollen den Gemeinden zugute kommen, die
in imstande sind, aus eigener Kraft Zuschüsse zu leisten. Die
Recht kritisierte das Ungünstige der Maßnahme.

Gewerkschaftliches.

Betriebsräte im Siebenten Ausschuss der National- versammlung.

Die hochschonenden Versprechungen der Regierung in den Be-
merkungen im November, März und April schienen sich nicht zu
erfüllen.
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat bei
der Nationalversammlung im August einen Vorschlag des Ge-
setzes über die Betriebsräte eingebracht und der Nationalversamm-
lung in Berlin in den ersten Oktobertagen die praktischen Be-
merkungen eines Betriebsrates aus einem großen Werkbetriebe
vorgelegt und als Beispielsammlung eingebracht. Besonders hervor-
zuheben an diesem Beispiel aus der Praxis ist, daß der fragliche
Betriebsrat in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses,
d. h. Produktion und Betriebsführung, erheblich weitergehende
Befugnisse hat, als sie je in einem Einzelfall vorgekommen waren.
Nur deshalb war es möglich in dem dortigen Betriebe eine
Produktionssteigerung von durchschnittlich 80 Proz. der Friedens-
leistung zu erreichen.
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat für
den 1. d. M., abends 7 Uhr nach dem Sommer-
fest, Kellnerstraße 1-4, eine öffentliche Versammlung ein-
geladen, in der das Thema: "Betriebsräte" von Herrn Kaufmänn
behandelt werden wird. Es sind seitens der IFA alle maßgebenden
Faktoren der Nationalversammlung eingeladen.
Durch den zu erwartenden Massenbesuch werden die Ange-
hörigen die hoffentlich anwesenden Volksvertreter aus der Na-
tionalversammlung von der Notwendigkeit einer erheblichen Verän-
derung des bisher vorgeschlagenen überzeugen.

Zur Krise im Steinseherverband.

Mit der Bitte um Veröffentlichung geht und nachfolgender
Text zu:
An die Steinseher, Kammer und Hilfs-
arbeiter im Steinsehergewerbe!
In dem Artikel "Die Krise im Steinsehergewerbe" in
Nr. 486 der "Freiheit" haben wir folgendes zu erwidern:
Wir haben nicht die Absicht, durch die Beitragsperre eine
Spaltung herbeizuführen, sondern wir wollen dadurch nur
den Protest ausdrücken gegen die un-demokratische Art,
in der der Vorstand und der Gewerkschaftsvorstand gegen die
Mitglieder der Steinseher resp. gegen den neu gewählten Vorstand vorgeht.
Wir erheben deshalb alle Berufssteuern, fest zu unserer
gerechten Sache zu stehen und den neu gewählten Vorstand
anzuerkennen, daß sie bis auf weiteres die Ver-
träge an den neu gewählten Kassierer resp. in den neuen Zahl-
stellen, die noch in der "Freiheit" bekannt gemacht werden,
zahlen.
Wir werden versuchen, die Angelegenheit noch einmal vor
die Gewerkschaftskommission zu bringen, damit diese ihren Ein-
fluß geltend macht, um uns zu unserem Rechte zu verhelfen.
Auch in der Lohnfrage hat der Vorstand seine
Pflicht den Mitgliedern gegenüber nicht erfüllt. Selbst der
Hilfsarbeiter hat sich gelegentlich dahin geduldet, daß
unser Lohn mit dem Lohn der Bauarbeiter gleich sein sollen.
Die Zimmerleute haben heute einen Stundenlohn von 2,20 M.,
dagegen beträgt unser Stundenlohn nur 2,80 M. Wir müssen
uns jetzt selbst regen, um unseren Lohn auf dieselbe Höhe zu
bringen wie die Lohn der Bauarbeiter.
Die Siebenerkommission. J. K. J. Schura.

Nachschrift der Redaktion: Wir haben unsere
Schrift an der Angelegenheit betont und können davon erwidern,
daß wir nicht nur die Angelegenheit, sondern auch die Sache
selbst in der Hand haben. Wir müssen aber nochmals betonen, daß die Schuld
dieser Differenzen einzig und allein der Vorstand und der
Gewerkschaftsvorstand trägt. Eine statutarische Bestimmung, daß
in Fällen eines Streitigkeitsrechts für die Ortsverbände zu-
trifft, existiert unseres Wissens nicht. Und wenn sie bestünde,
so wäre es eine Bestimmung, die, weil un-demokratisch, so
viel wie möglich zu vermeiden wäre. Eine Organisation kann
nicht die Dauer nicht ihr notwendiges festes Gefüge behalten, wenn
die Mitglieder eine Leistung ansetzungen sind, zu der sie
in Vertrauen mehr haben. Das wird in diesem Falle jedoch
allen Mitleidern versucht. Als Vorstand wird genommen, daß
die neue gewählte Vorstand sich nicht auf den Boden der für das
Gebiet Groß-Berlin abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft stellt.
Diese Arbeitsgemeinschaft — das muß immer wieder betont wer-
den — ist aber geschlossen worden, ohne daß die Mitglieder be-
fragt wurden. Lediglich einige Funktionäre unter Führung des
bekanntesten Gewerkschafters Schenke haben dieses Werk voll-
zogen. Die Arbeitsgemeinschaft liegt natürlich im Interesse der
Arbeitnehmer, und diese haben auch besonders Schenke so in ihr
Vertrauen gesetzt, daß sie ihm so- von Fall, daß er abgesetzt wer-
den sollte, schon die Verfassung einer anderen Organisation zugesagt
haben. Und ein solcher Mann steht noch an der Spitze einer
Arbeitsgemeinschaft!

Wir halten die ganze Angelegenheit für so wichtig, daß sich
die Gewerkschaftskommission in ihrer Gesamtheit
mit dieser beschäftigen muß. Es muß mit allen Mitteln ver-
sucht werden, daß es zu einer Spaltung im Steinseherverband
nicht kommt. Zwecklos wären die Differenzen in Berlin, wenn sie
zur Spaltung führen, auch im übrigen Reich ihre Folgen
ausüben. In den größeren Orten ist die Opposition auch schon
erwacht; aber der Vorstandsvorstand schließt keine Kraft — wie
auch in anderen Verbänden — aus der Gewerkschaft der Leinen
aus, die auf den Verbandstagen die Entscheidungen erheblich
beeinflussen.
Wir würden es für ratsamer halten, wenn versucht wird,
durch fortwährende Stärkung der Opposition diese
die Lage zu verbessern, die oberen Instanzen den Wün-
schen der Mitglieder gemäß neu zu besetzen. Sollten Erwerb
wir dazu raten, daß so lange noch statutarische oder andere
Hindernisse im Wege stehen, von der Festlegung der Verfassun-
gen in der nächsten Zukunft zu nehmen. Die Stärke der
Opposition besteht nicht in der Befreiung dieser Verbandsposten,

wo die Arbeit von oben herab doch nur erzwungen
wird, wenn nicht ganz unendlich genügt wird, sondern
in der Kontrolle und schonungslos Kritik der Instanzen, wenn
diese die Interessen der Kollegen nicht in genügendem Maße
wahrnehmen. Eine gerechte Kritik, mit Höflichkeit fortgesetzt, wird
auch selbst die abgegriffenen Sorgen dem Schloß der Schenke
und Kommissar zu befehlen in der Lage sein.

Zusammenschluß in der Bekleidungs- und Textilindustrie.

Auf den Zusammenschluß der Arbeiterschaft im Lebens- und
Genutzmittelgewerbe folgt jetzt der gleiche Schritt in der Be-
kleidungs- und Textilindustrie. Der Vollzugsrat hatte für Mon-
tag abend eine Versammlung der sämtlichen Funktionäre ein-
berufen. In einem trefflichen Referat legte Genosse Reu-
mann die Notwendigkeit des Industrieverbandes dar. Er ging
von der heutigen politischen Lage aus, legte den finanziellen Zu-
sammenbruch Deutschlands dar, den man von oben herab zu be-
denken hat. Der kommende Winter werde die Belastungsprobe
bilden. Das Parlament kann dem Kampf des Proletariats nicht
helfen. Die Arbeiterschaft müsse sich das Kampfinstrument selbst
schaffen im Notstand, nicht durch ein Betriebsrätegesetz der Re-
gierung, das die Betriebsräte nur als Gewerkschaften für die Unter-
nehmer gebrauchen will. Die drei Hauptzweige der gesamten Pro-
duktionsprozesse: eigentliche Produktion, Technik und Handel
gehören unbedingt zusammen. Nur eine Organisation aller im
gleichen Betriebe beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter kann die
Produktion in die Hand nehmen. Auch die Gewerkschaften müssen
sich dem Pfand der Zeit fügen. — Wolf erläuterte den tech-
nischen Aufbau in die folgenden 8 Untergruppen: I. Webereien,
Spinnereien, Woll-, Samt-, Seidenwebereien;
II. Posamenterie, Kurzwaren, Spielwaren;
III. Polster, Tapissereien, Filz, Gardinen, Teppiche;
IV. Wäschefabrikation, Weißwaren, Schürzen, Jupon;
V. Färbereien, Wäschereien, Bleichereien, Druckerien,
Appretur; VI. Konfektion, Herren-, Damen-, Kinder-
konfektion, Blusen, Seide; VII. Pelzwaren, Hautwaren,
Felle; VIII. Hüte, Schuh, Mägen, Handschuh, Strumpfwir-
kerfabrikation.
Sämtliche Vertreter erklärten sich mit dem vorgeschlagenen
Zusammenschluß einverstanden, auch die Sprecher des
Gewerkschaftsverbandes erklärten sich ausdrücklich
auf dem Boden des Vollzugsrates und ver-
pflichteten sich zu vollster Solidarität im
Kampf gegen das Kapital.
Überhaupt muß zur Ehre der Wahrheit festgestellt werden,
daß die Vertreter des Gewerkschaftsverbandes der Bedeutung des
Vollzugsrates ins Leben gerufenen Werkes ein weit größeres
Verständnis entgegenbrachten, als z. B. die rechtslogisch-
betriebsräte des Zentralverbandes Weinberg, die durch ihren
engstirnigen Partei- und Gewerkschaftsfeindtum die Versamm-
lung fast von ihrem Ziele abgebracht hätte.
Für die einzelnen Untergruppen wurden dann die protokoll-
lichen Vertreter gewählt. Zum Schluß wurde einstimmig eine
Resolution angenommen, in der den streikenden Metallarbeitern
die vollste Sympathie ausgesprochen und die Wächter kundgegeben
wurde, diesen Schlag der Kapitalistenklasse, wenn nötig, mit
allen Mitteln abzuwehren zu helfen.

Streik bei den Klein- und Nebenbahnen der Firma Leng u. Co.

Die Angestellten der 30 von der Firma Leng u. Co. Berlin
betrieblenen Bahnen, verteilt über ganz Deutschland, sind am
letzten Sonnabend in den Ausstand getreten. Die Privatbahn-
beamten waren durchweg viel schlechter besoldet als die Be-
amten der Staatsbahn. Es gibt noch Beamte mit einem Monats-
einkommen von unter 300 M. Mit der Firma Leng u. Co. war
ein Abkommen geschlossen, das sich nahezu an die Staatsbahn-
bedingung anlehnte. Die Firma ist am 1. September von diesem
Abkommen zurückgetreten, so daß jetzt die Beamten 40-80 M.
weniger erhalten. Verhandlungen mit dem Hauptausführer der
Angestellten aller Bahnen hat die Firma abgelehnt.
Abgesehen davon, daß die Versorgung größerer Städte, wie
Halle, durch die Verminderung von Lebensmittelfuhren erschwert
wird, leidet das Wirtschaftsleben, vor allem in Sachsen und um
Dalle, infolge durch diesen Streik herbeigeführter Stilllegung
dieser Fabriken, Elektrizitätswerke, Gasanstalten usw.
Der Ausschuss der Firma, darunter der Vorstand Herr Fähr-
berg von der Berliner Handelsgesellschaft, und der Geh. Kommer-
zienrat Leng, der Begründer der Firma, scheint dieser Bewegung
gänzlich gegenüberzustehen.

Der Streik der Chromolithographischen Arbeiter und Arbeiterinnen beendet.

Die seit drei Wochen sich im Streik befindenden Arbeiter der
Chromolithographischen und photographischen Anstalten befehlen sich
mit den Verhandlungen bei der Reichsarbeitsgemeinschaft. Das
Bericht über die Tätigkeit der Unternehmer, welchen jeder
Penny abgeben muß, werden müde. Die letzten Angebote waren:
Für Ausspanner, Besticker, Beschneider, Buchbinder usw. 97,50 M.
vom 1. Januar ab 100 M.; Anwärter, Roller, Präger usw. 87,50 M.
vom 1. Januar ab 90 M. Die Edge gelten für gelehrte oder
ein Jahr im Beruf tätigen Arbeiter. Hilfsarbeiter über 21 Jahre
alt 75 M., ab 1. Januar 77,50 M., von 18 bis 21 Jahre alt 65 M.,
ab 1. Januar 67,50 M., Einstellungslohn 70 M., nach einem Jahr
5 M. mehr. Weibliche Arbeiter, Gruppe a: 50 M., ab 1. Januar
52,50 M., Gruppe b: 45 M., ab 1. Januar 47,50 M., Gruppe c:
42,50 M., ab 1. Januar 45 M. Jugendliche weibliche, 14 bis
19 Jahre alt, 22,50-40 M. Stundenlohn 15 Prozent über den Lohn
der Brande. Bei Männern in Gruppe Ia und b muß die Zulage
10 M., bei den weiblichen, Gruppe 2a und b 5 M., bei den
Männern, Gruppe 1c, 5 M., bei den weiblichen, Gruppe 2c, 2 M.
pro Woche betragen. Hausvater, Vater usw., über 30 Jahre alt,
75-85 M., Ausfuhr 80-90 M., Höchstlohn nach 3 Jahren.
In der Debatte wurden die Edge als zu niedrig betrachtet
und (hart) kritisiert. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß
sie als Grundlage dienen sollen, daß beim nächsten Abschluß
weitergebaut werden könne. Gerade für die am schlechtesten Ent-
lohnten wurde dieser Kampf geführt. Es wurde beschlossen, die
Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Zur Lohnbewegung der Müllkassierer.

Die Müllkassierergesellschaft Berliner Grundbesitzer sendet
uns eine Mitteilung zu der von uns in Nr. 481 veröffentlichten
Notiz, der wir folgende entnehmen:
Es ist unrichtig, daß im April mit den Arbeitern vereinbart
worden ist, daß unter allen Umständen ein Zuschlagens-
system eingeführt werden sollte. Bei dem damaligen Streik ist
nur zugestimmt worden, in eine Prüfung darüber einzutreten.
Genossenschaftliche haben ergeben, daß das Zuschlagenssystem
nicht möglich ist. Es ist ferner unrichtig, daß der Arbeiter-
schutz bei der Genossenschaft kein Gegenkommen gefunden
hat. Es ist unrichtig, daß die Arbeitnehmer von der Geschäfts-
leitung ausgeschlossen worden sind.

Für die Strassenreinigung ist endlich ein Tarifabschluß ge-
standen. Es sind zunächst einigermaßen auskömmliche
Kilopreise festgelegt worden. Auch in der Frage der Vierung
von Buzaten usw. konnte eine Verständigung mit den Unter-
nehmern erzielt werden. Dagegen waren letztere zur Zahlung
einer Betriebsbeiträge und eines besonderen Lohnaufschlags
von 10 Prozent an Heimarbeiter für die Vergabe ihrer Wohn-
räume zu Erwerbsspenden nicht zu bewegen. Die erhöhten Löhne
sollen nachgezahlt werden, daß zwar vom 22. September ab
zurückgerechnet für die ersten vier Wochen die volle, für die
weiteren zwei Wochen die halbe Nachzahlung. Der Tarif soll
Weltung haben bis 31. Januar 1922. Eine Versammlung der

Strassenreinigungsbetriebe, die am Montag stattfand, führte nach
längerer Debatte dem Tarif mit dem Vorbehalt zu, daß über die
Frage der Nachzahlung nochmals verhandelt wird, um ein
günstigeres Ergebnis herauszubekommen.

Die Arbeiter und Angestellten der Hingegenwärtigen Arbeiter-
rat hat am Sonntag im Englischen Hof den Bericht des Arbeiter-
rates über die Verhandlungen mit dem Kriegsministerium ge-
lesen. Do die weiteren Verhandlungen mit dem Kriegsministe-
rium gänzlich erloschen, wurde eine Kommission gewählt, die
die Forderungen einlegen soll, und werden dieserhalb alle von
der damaligen Lohnkürzung Betroffenen ersucht, soweit sie ihre
Adressen noch nicht abgegeben haben, dies unter Angabe ihrer
früheren Abteilung an den Arbeiterrat, zur Zeit Postamt
Wilmersdorf, Adlershof, einzufenden. Zweck weiterer Ver-
ständigung treffen sich die Delegierten Wilmersdorf, den 16. Oktober,
Große Frankfurter Straße 10, die Kollegen Lommersdorf, den
19. Oktober, und jeden weiteren Donnerstag, abends 8 Uhr, in
den Delegiertenlokalen. — Die Versammlung protestierte dann
noch gegen den Artikel "An-Stat" in Nr. 40 des "Sonderblatt".
Der gekündete Rebell hat nicht auf seine Rechnung, da der
Artikel ja seine eigenen Parteigenossen beschimpft.

Groß-Berlin.

Einschränkung des städtischen Hochbaugebiets für Wohnzwecke.

Die Einführung einer gesunden Wohnweise in den Groß-
städten war bisher vielfach durch die vorhandenen Bauordnungen
gehindert, durch die umfangreiche Stadterweiterungsgebiete dem
Hochbau zugewiesen waren. Diese baupolitischen Bestimmungen,
die eine zu weitgehende Bebauung der Grundstücke zulassen,
haben vielfach eine ungerechtfertigte Steigerung der Bodenpreise
aufgeleitet, wodurch dann die Wohnweise in den Vorort-
gebieten ungünstig beeinflusst worden ist. In jüngster Zeit ist
daher von dem früheren Staatskommissar für das Wohnungs-
wesen mehrfach auf Abänderung der geltenden Bestimmungen und auf
eine Abkürzung der Bauvorschriften im Interesse einer Verbrei-
terung des Hochbaus hingewirkt worden. Jetzt hat der Minister
für Volkswirtschaft erneut auf die Notwendigkeit einer weiteren
Einschränkung des Hochbaugebiets im Interesse des Klein-
wohnungsbaues hingewiesen. Es ist zu fordern, daß die Wohn-
tafelpreise für Baugelände auf ihren wirklichen
Wert zurückgeführt werden. Den Eigentümern und
Käufern muß zum Bewußtsein kommen, daß sie mit trägerischen
Werten rechnen, wenn sie für unbebaute Grundstücke Werte in
Rechnung stellen, die auf Bauvorschriften beruhen. In
dem erwähnten Erlaß wird daher eine erneute Prüfung aller
städtischen Bauordnungen sowie weiterer Einschränkung des Hoch-
baugebiets angeordnet. Überall da, wo die Bodenpreise auf
Grund der bisherigen Bauvorschriften eine besondere Höhe
erreicht haben, soll die Bebauungsmöglichkeit durch Änderung der
bisherigen Bauvorschriften herabgesetzt werden. Diese Herab-
setzung soll so beschleunigt werden, daß bei der Berechnung der
Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer nicht mehr Werte einge-
rechnet werden, die durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt sind.

Volkschule Neufölln.

Am 11. Oktober beginnen die Interdiktskurse an der Volks-
schule Neufölln. Das Programm umfaßt 26 Kurse auf dem
Gebiet der Philosophie, Literatur und Kunst, Rechts- und Staats-
wissenschaften, Sozialpolitik und Volkswirtschaft, Naturwissen-
schaften und Technik, Gesundheitslehre und eine Reihe Sprach-
kurse (Englisch, Französisch, Russisch, Italienisch, Spanisch). Eine
Reihe auf dem Gebiet der Volkshilfe bewahrt Drogen
ist genommen, so daß wir unsern Genossen den Besuch dieser
Anrichtung nur empfehlen können. Näheres in den Programm-
heften, welche auch in der Expedition der "Freiheit", Redakteur, 3,
ausgehändigt werden. Die Anmeldungen sind bis zum 11. Oktober
im neuen Rathaus, Zimmer 220, täglich von 10-1 und von
4-7 Uhr zu vollziehen. Die Hörsäle lösen für jeden Kursus
3 Mark, Einschreibgebühr 1 Mark.

Auch in Schöneberg wird die Errichtung einer Volks-
schule in Angriff genommen. Es erscheint erwünscht, daß
sich Gelehrte, Ärzte, Techniker, Statistiker, Grundrissarchitekten,
Volkswirtschaftler, Künstler, Handwerker, überhaupt redegewandte
Menschen, die gut und richtig gelehrt sind, Herren und Damen,
welche glauben, an einer Volkschule mit Erfolg arbeiten zu
können, besonders soweit sie innerhalb Schönebergs wohnhaft
sind, an den Delegierten, Herrn Stadtrat Kob, Neues
Rathaus, Zimmer 166, mit Vorschlägen und Vorschlägen wenden,
damit eine Auswahl getroffen werden kann, die gute Leistungen
verbürgt, und eine wirkliche Teilnahme aus der gesamten
Schöneberger Bevölkerung erreicht wird.

Arbeitslosenräte Berlins und der Vororte

Am Donnerstag, 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet eine
Vollversammlung der Arbeitslosenräte Groß-Berlins im Dres-
dener Garten, Dresdener Str. 45, statt.

Anfrage an die Reichsstelle.

Vor einiger Zeit kam in Neufölln ein Wagon, enthaltend
147 Doppelgänger Schmal, an, das für die Firma Sorge be-
stimmt war. Um einen Beschluß und Verhinderung der weiteren
Ware zu verhindern, wurde er von Neuföllner Lebensmittelbeschaf-
fungskommission in Verwahrung genommen. Das Lebensmittelbeschaf-
fungskommission ist nun von Delegierten der Reichsstelle für Speiseleis
aufgefordert worden, den Wagon freizugeben.
Wie kam die Firma Sorge zu dem Schmal? Beschreibt die
Verteilung seitens der Reichsstelle außer an Kommunisten auch noch
an Händler? Eine eingehende Aufklärung scheint hier dringend
notwendig.

Die rechtungswillige Arbeit.

Ist die Feuerungszulage als unmittelbarer Bestandteil des Ge-
haltes anzusehen und die Abrede rechtsgültig, daß die Feuerungs-
zulage in Kündigungsmoment fortfällt? Diejenige interessanten
Rechtsfrage (sog. sogenannter Kasse) hat die Reichsstelle für Speiseleis
keine Stellung genommen, um sich zu verbessern. Ihm waren bei
der Gehaltsüberprüfung daraufhin auf Grund eines früher er-
lassenen Rundschreibens der beklagten Firma, wonach sie bei Kün-
digungen der Angestellten für die Kündigungsgeld die Zahlung
von Feuerungszulagen einstelle, die Feuerungszulagen abge-
zogen worden. Das Ausnahmegericht stellte sich auf den Stand-
punkt, daß nach der maßgebenden Auslegung des Lebens-
laufenden Feuerungszulagen Gehaltsab-
setzungen darstellten und mithin Gehaltsbestandteile seien.
Die Abrede bezüglich ihres Fortfalls bei Kündigungen kann nicht
als rechtswidrig für den Angestellten gelten, da eine
solche Bedingung als sittenwidrig zu erachten
ist. Diese Zulagen müssen als mit dem Gehalt untrennbar ver-
bunden gelten, so lange die gegenwärtige Feuerung ausbleibt, da
sie zum Lebensunterhalt unbedingt notwendig sind. Das Land-
gericht hat die Berufung der Beklagten verworfen, und gleichfalls
die Nichtigkeit der erwähnten Abrede bestätigt, da sie dem herr-
schenden Volkswirtschaftsverständnis widerspreche und deshalb im Sinne
des § 138 B. G. B. gegen die guten Sitten verstoße.

